

DIE TOTEN DES AUFSTANDES

GERHARD SCHULZE RUDI SCHWANDER
WILLY GÖTTLING WERNER SENDSITZKI
HORST BERNHAGEN EDGAR KRAWETZKE
OSKAR POHL GERHARD SANTURA

Sie sind - außer dem standrechtlich erschossenen Götting -
in Westberliner Krankenhäusern gestorben

UND UNGEZÄHLTE TOTE
IM SOWJETSEKTOR
UND IN DER SOWJETISCHEN
BESATZUNGSZONE

SIE STARBEN FÜR DIE FREIHEIT

„WIR WERDEN NICHT RUHEN –
DIESEN SCHWUR
LEGE ICH HIER AB FÜR DAS
GESAMTE DEUTSCHE VOLK –,
BIS AUCH DIE ACHTZEHN
MILLIONEN IN DER SOWJET-
ZONE WIEDER IN FREIHEIT LE-
BEN, BIS GANZ DEUTSCHLAND
WIEDER VEREINT IST IN FRIEDEN
UND FREIHEIT.“

Bundeskanzler Adenauer
am 23. 6. 1953 in Berlin

JUNI- AUFSTAND

**DOKUMENTE UND BERICHTE
ÜBER DEN VOLKSAUFSTAND
IN OSTBERLIN
UND IN DER SOWJETZONE**



Volksaufstand!

Zum ersten Mal seit 1933 fanden sich die Arbeiter am 16. und 17. Juni 1953 zu Demonstrationen zusammen. Keine staatliche Anordnung, kein organisierter Beschluß setzte die Massen in Marsch. Spontan kamen sie aus den Industriewerken der Sowjetzone, um vor dem sowjetzonalen „Regierungsgebäude“ ihren Willen zu bekunden.

Dies ist das Bilddokument einer echten Volkserhebung.

Die Hennigsdorfer kommen!



Der Volksaufstand am 16. und 17. Juni 1953

Dies sind die ersten Zeilen eines neuen Kapitels in der Geschichte des deutschen Ringens um Einheit in Freiheit. Noch weiß niemand, wann die letzten Zeilen des Kapitels geschrieben werden. Der Ruf nach Einheit in Freiheit, einmal im sowjetisch besetzten Gebiet laut geworden, kann nicht vom Rasseln der Panzer übertrönt werden. In den Nischen der Herzen und in den Grotten der Gedanken hallt sein Echo weiter und wird immer wieder gehört werden.

Im folgenden ist das Geschehene dokumentarisch dargestellt. Es ist nicht vollständig bis in alle Einzelheiten hinein. Aber nichts wurde überbetont, um eine erwünschte Melodie herauszuheben. Nichts wurde verschwiegen irgendeiner Zweckdienlichkeit wegen.

Ganz prosaisch war der Anlaß, der die Ereignisse des 16. und 17. Juni 1953 auslöste. Es ging um die Normenerhöhungen. Die Arbeiterschaft besonders in den VEB (Volkseigenen Betrieben) der Bau-Union fühlten sich um ihren Lohn geprellt. Sie streikten. Dies war, wie gesagt, der Anlaß. Die Ursache gährte tiefer, nämlich in der politischen Perversität, mit der die Grotewohl-Regierung die Deutschen in der Sowjetzone wirtschaftlich, geistig und menschlich seit Jahren sowjetisierte. So zogen die Arbeiter vor das Regierungsgebäude, und nun ging es schon nicht mehr um die eine Sache, sondern um die ganze. Sie riefen nach Freiheit. Das war folgerichtig, denn die Normenerhöhung war ja nur ein Bruchteil ihrer Unfreiheit. Sie verlangten den Rücktritt der Regierung. Wiederum folgerichtig, — denn diese Regierung war ja der Hort der Unfreiheit. Sie forderte gesamtdeutsche Wahlen, und auch dies war folgerichtig, denn nur solche Wahlen konnten sie vor dem zweiten Aufguß einer Grotewohl-Regierung schützen. Was sie riefen, war nicht formuliert, nicht ausgedacht und nicht abgewogen. Aber riefen es erst Hunderte und Tausende, zuletzt

Zehntausende und Hunderttausende in Mitteldeutschland, dann geschah das, weil es wirklich des Volkes Stimme war, die gehört werden wollte.

Des Volkes Stimme! Was sie sagt, dringt schnell und laut weiter, von Mund zu Mund, weil es von Herz zu Herz geht. Selbstverständlich sprachen sich die Vorgänge in Berlin schnell herum. Selbstverständlich war auch, daß die Berichte vom Streik die Außenränder der Stadt erreichten und in jene Vororte hinübersickerten, die bereits zur Zone gehören. Doch sie sprangen wie ein elektrischer Funke weiter, tief in die Sowjetzone hinein, und entzündeten auch hier die Herzen zu Streiks und Demonstrationen, zum Volksaufstand.

Die Arbeiter, die in der Stalinallee ihr Handwerkszeug niederlegten und zum Ministerium in der Leipziger Straße marschierten, handelten impulsiv. Tausende anderer von anderen Arbeitsstätten gesellten sich zu ihnen, spontan und ohne Zaudern.

Das Wort „spontan“ ist gewiß eine abgegriffene Münze geworden. Denn von allen Knechtschaften und Vergewaltigungen, die jeder Totalitarismus auslöst, sind die Verknechtung und Schändung der Begriffe die schlimmsten. Wann je hätte eine Diktatur die Unfreiheit inthronisiert, ohne dies „im Namen der Freiheit“ zu tun? Wo pferchte sie die Menschen ein, ohne dies „im Namen des Fortschrittes“ zu tun? Und wie hätte sie je die Massen bevormundet, ohne dies „den spontanen Willen des Volkes“ zu nennen?

Dadurch sind heute gewisse klare Worte kaum noch anzuwenden, ohne daß man vor ihnen zaudert. Nun, diesmal haben die Regierenden in Ostberlin und in der Sowjetzone an diesem 16. Juni ein Stück lebendigen Geschichtsunterrichtes erhalten. Was geschah, war wahrhaft spontan. Unvorbedacht ließen Arbeiter ihr Werkzeug liegen und marschierten. Unvorbereitet in Kleidung und Proviant marschierten andere mit, sich ihnen anschließend. War zweckdienlich, was sie taten? Das konnten sie nicht fragen, nicht bejahen, nicht verneinen. Ihr Herz zwang sie dazu, denn es ge-

schah spontan, und davor mußte jede andere Frage ehrerbietend schweigen.

Es war ein Volksaufstand!

Schon bei den ersten Meldungen konnte man mit untrüglicher Gewißheit voraussagen, wie sich die Geschehnisse in der SED-Presse spiegeln würden. Sie konnte nur wieder wie immer „die Westberliner Provokateure“ zitieren. Diesmal stolperte allerdings ihre Logik über die eigenen Maßnahmen. Denn wenn man noch innerhalb Berlins die Sektorengrenzen überschreiten konnte, so sind doch die Zonengrenzen seit Monaten abgeriegelt. Kein Westberliner kann sie durchdringen und nach Magdeburg, Erfurt, Chemnitz, Jena gelangen. Und trotzdem streikte man auch dort, stürmte die politischen Gefängnisse, demonstrierte. Hier von „Westberliner Provokateuren“ zu sprechen, ist von der gleichen Logik, als würde jemand in Polizeigewahrsam gehalten und dennoch angeklagt, er habe gleichzeitig draußen dies oder das getan. In dieser Unsinnigkeit liegt das Eingeständnis der SED-Presse, daß es das Volk war, das handelte, spontan handelte. Unvorbereitet handelte und darum zunächst ergebnislos.

Auch dieses Wort bedarf vorsichtiger Abwägung. Das Ergebnis des Volksaufstandes war zunächst keine Befreiung, sondern verschärfte Knechtung. Verließ aber alles im Sinne der Geschehnisse ergebnislos, so doch nicht wirkungslos. Das ist ein bedeutsamer Unterschied. Die Streikenden forderten Rücktritt ihrer Regierung. Und unzweifelhaft: Am Abend des 17. Juni gab es diese Regierung nur noch auf dem Papier. Sie hatte vor dem Volksaufstand nicht bestehen können. Ihre Agitatoren wurden niedergeschrien. Ihre



Polizeikräfte, die auf sich selbst gestellt waren, legten zum großen Teil die Waffen nieder oder griffen nicht ein.

Da rief die Ost-Regierung die Besatzungsmacht zur Hilfe. Sowjetische Panzer rollten auf, in Berlin am Lustgarten, am Brandenburger Tor, in der Leipziger Straße, an den Sektorenübergängen. Sie rasselten durch die Straßen von Magdeburg und Erfurt und allen anderen Brennpunkten im buchstäblichen Sinne des Wortes. Der sowjetische Hohe Kommissar verhängte den Ausnahmezustand. Er übernahm die Befehlsgewalt. Die „Regierung der DDR“ hatte praktisch kapituliert, da Kapitulation als „Abtretung der Gerichtsbarkeit an fremde Staaten“ definiert wird. Sie überließ das Feld den sowjetischen Panzern. Nur diese Panzer waren es, an denen sich die Welle des Volksaufstandes brach.

Die Anlässe des Volksaufstandes: steigende Preise, steigende Normen, steigende Not

Der politische Gärungsprozeß hatte schon Wochen vor den Demonstrationen begonnen. Aus der Fülle der Äußerungen in SFD-Zeitungen wurden hier einige wenige herausgesucht aus jenen Orten, die später Schauplatz des Volksaufstandes wurden.

Das „Freie Wort“, Suhl, Nr. 113 vom 19. Mai 1953: *„Im Bezirk Suhl hat es vor einigen Tagen Schwierigkeiten in der Brotversorgung gegeben. Als das Brotbacken wieder aufgenommen werden sollte, setzte Stromsperre ein.“*

„Sächsische Zeitung“, Dresden, Nr. 121 vom 29. Mai 1953: *„Der betroffene Personenkreis leidet dadurch Not, weil es keine Butter, Margarine und Zucker in der HO gibt.“*

„Freiheit“, Halle (Saale), Nr. 118 vom 26. Mai 1953: *„Trotz unbestreitbarer Erfolge haben sich auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung innerhalb der letzten Monate ernsthafte Mängel gezeigt.“*

„Der Handel“ (Zeitschrift für den gesamten Binnenhandel) Nr. 9/1953: *„Nach den Weltfestspielen kosteten: Hemd 4,— DM,*

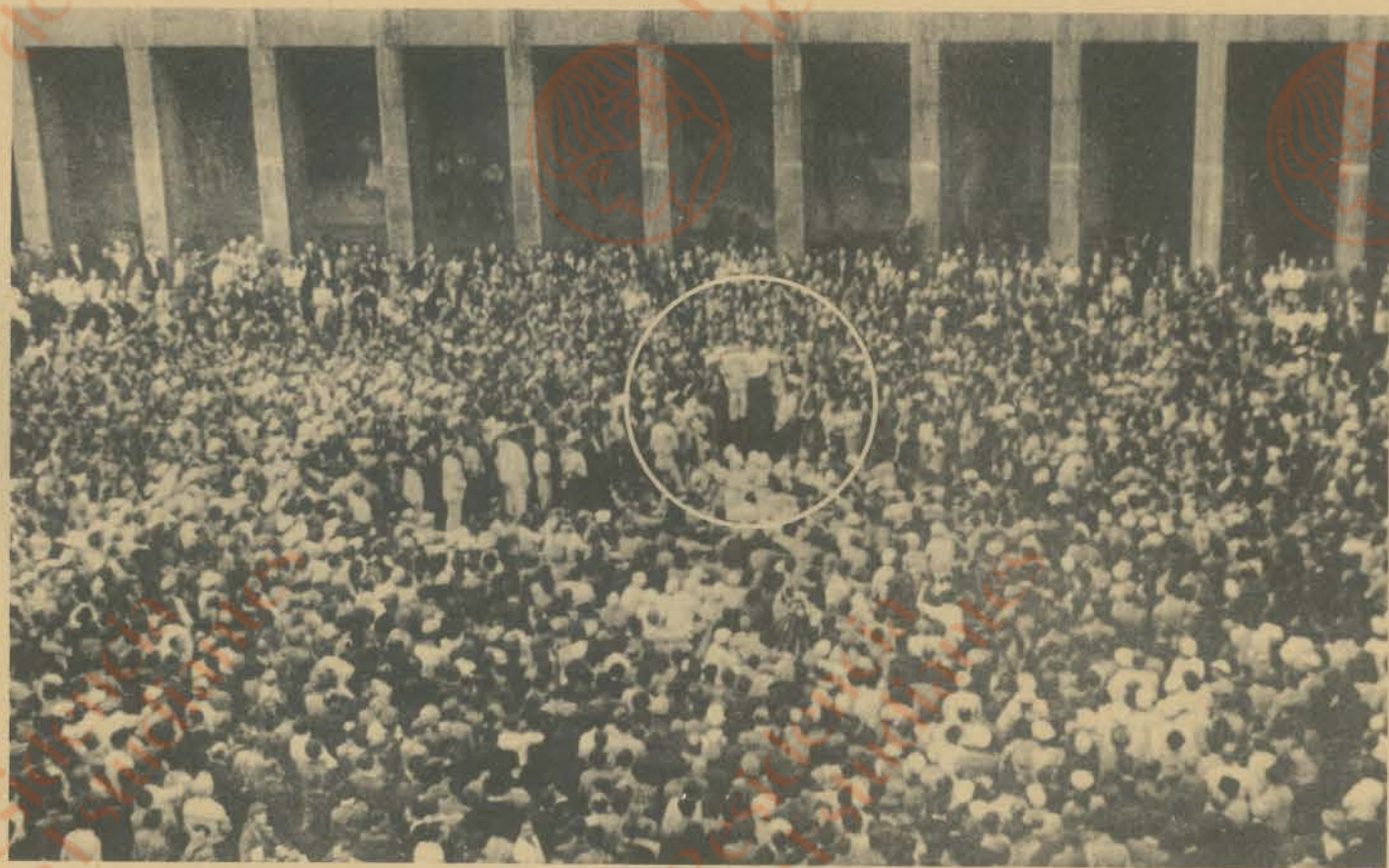
Wir kennen nicht die genaue Zahl aller Toten, Verletzten und sonstigen Opfer dieses Aufstandes, und wahrscheinlich werden wir sie nie erfahren. Wir alle aber kennen die Zahl der Überlebenden: Fast die Gesamtheit der Einwohnerschaft Ostberlins und der Sowjetzone. Zwischen ihnen und uns standen sowjetische Panzer. Lebloses Metall kann Lebende töten, kann eine lebendige Entwicklung eindämmen, nicht aber aufhalten.

Die Weisheit der derzeitigen „Regierung der DDR“ schrumpfte am 17. Juni auf den Durchmesser sowjetischer Geschütze zusammen. Das war das äußere Ende des spontanen Volksaufstandes und war doch sein eigentlich innerer Beginn. Wann die letzten Zeilen dieses Kapitels geschrieben werden, kann niemand sagen, aber was sie besagen werden, ist gewiß.

Hose 6,— DM, Bluse 4,— DM, Rock 6,— DM. Wie uns von der Konsumgenossenschaft Kreis Halberstadt geschrieben wird, setzte der Konsumgenossenschaftsverband neue Preise fest. Danach muß bezahlt werden: Hemd 11,— DM, Hose 15,95 DM, Bluse 11,40 DM, Rock 20,55 DM. Kein Vater und keine Mutter werden verstehen, wodurch diese plötzliche erhebliche Verteuerung gerechtfertigt sein soll.“

„Das Volk“, Weimar, Nr. 114 vom 15. Mai 1953: *„Neben zahlreichen Verbesserungen beschloß der Ministerrat, die Brotversorgung zu verbessern. Die Erhöhung der Qualität mußte selbstverständlich auch zu einigen Preisänderungen führen.“*

„Neues Deutschland“ Nr. 113 vom 16. Mai 1953: *„Genossin Elli Schmidt kritisierte scharf die verspätete und ungenügende Information der Bevölkerung über die Notwendigkeit der von der Regierung kürzlich getroffenen Maßnahmen zur Regulierung der Preise von Fleisch und Zuckerwaren.“*



Berlin, den 16. Juni 1953

Die Bauarbeiter der Stalinallee demonstrieren vor dem sowjetzonalen Regierungsgebäude in der Leipziger Straße. Im Kreis: Ein Bauarbeiter stößt Minister Selbmann vom Rednertisch

„Volkswacht“, Gera, Nr. 98 vom 28. April 1953: *„Hinweg mit den Bremsklötzen! Wir fordern von der Regierung Maßnahmen zur Erhöhung der Normen!“*

Diese Normenerhöhung, die dann am 28. Mai 1953 verkündet wurde, stieß von Anfang an auf direkten und indirekten Widerstand.

„Junge Welt“ (Organ des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend) Nr. 122 vom 6. Mai 1953: *„Im Eisenhüttenkombinat Ost erfüllen viele Jugendliche ihren Plan noch nicht.“*

„Volksstimme“, Magdeburg, Nr. 113: *„In den Eisenhütten West verhalten sich bis heute die Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitungen zur Normung noch völlig neutral.“*

„Leuna-Werke“: *Es ist allgemein festzustellen, daß in der Bewegung zur freiwilligen Normenerhöhung in unserem Werk unsere Genossen nicht das führende Element sind.“*

Diese Normenerhöhung bedeutete im Baugewerbe, daß die Maurer eine Lohneinbuße von 30 Prozent erlitten, Tischler und Zimmerleute sogar bis 42 Prozent. Ein Bauarbeiter, der bisher 2,40 bis 3,— DM in der Stunde verdienen konnte, hatte jetzt höchstens 1,70 bis 1,80 DM zu erwarten.

„Tägliche Rundschau“, das Organ der SMA, schrieb am 14. Juni 1953 unter der Überschrift „Die Diktatoren“: *„Als die Abrechnung für die Brigade Zock bekanntgeworden war, stellte sich heraus, daß sie durchschnittlich nur 1,63 DM Leistungsstundenlohn im Monat Mai verdient hatte. Die Brigade verlangte eine Überprüfung. Darauf geschah nichts. Sie weigerte sich, weiterzuarbeiten. Daraufhin bequemen sich die verantwortungslosen Mitarbeiter des VEB Wohnungsbau endlich, die Überprüfung der Abrechnung vorzunehmen. Und was stellte sich heraus? Daß*

man falsch gerechnet hatte und daß den Arbeitern ein durchschnittlicher Leistungsstundenlohn von 1,99 DM zustand.“

„Seit Monaten gibt es Differenzen mit der Normenabteilung“, erklärten die Brigademitglieder. „Immer stimmt unsere Abrechnung nicht. Müssen wir um unseren Lohn wie um Almosen betteln?“

Erhöhung der Arbeitsnormen mit aller Kraft

Die Demonstrationen auf den Baustellen in der Stalinallee und in den großen Ostberliner Betrieben wurden ausgelöst durch die nachstehende Mitteilung der „Tribüne“ vom 16. Juni 1953:

„Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Communiqués des Politbüros und des Ministerrats vom 9. bzw. 11. Juni 1953 wird in einigen Fällen die Frage gestellt, inwieweit die Beschlüsse über die Erhöhung der Arbeitsnormen noch richtig sind und aufrechterhalten bleiben. Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig. Gestützt auf das unbedingte Vertrauen der Bevölkerung zu ihrer Regierung haben das Politbüro des Zentralkomitees der SED und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik offen vor dem ganzen Volke einige Fehler der Vergangenheit in ihrer Arbeit dargelegt und sofort Maßnahmen eingeleitet, die einer entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dienen. Weil aber all das davon abhängt, inwieweit wir die großen Aufgaben des Fünfjahresplanes auf der Grundlage eines fortgesetzten Anwachsens der Arbeitsproduktivität bei strengster Sparsamkeit erreichen können, gilt es, den Beschluß des Ministerrates über die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 Prozent bis zum 30. Juni 1953 mit aller Kraft durchzuführen.“



Berlin am 16. Juni 1953

7 Uhr

Die Arbeiter vom VEB (Volkseigenen Betrieb) Bau-Union in der Stalinallee sind mit der geringen Lohnauszahlung nicht einverstanden. Sie beschließen den Streik und beginnen ihren Marsch zur Leipziger Straße.

8 Uhr

Andere Arbeiter hören davon. Sie wollen nach der Frühstückspause die Arbeit nicht mehr aufnehmen. Ihr Trupp ist bei Beginn des Protestmarsches nur 80 Mann stark. Er vergrößert sich ständig.

9 Uhr

An weiteren Stellen der Bau-Union Berlin wird der Streik beschlossen. Ein Zeuge sagte dazu aus:

„Die Normenerhöhung wurde gegen den Willen der Bauarbeiter vorgenommen und sollte bereits bei der Lohnzahlung für die 1. Dekade der verkürzte Lohn ausgezahlt werden (etwa 10,— bis 20,— DM weniger pro Kopf). Auch die schlechte Versorgung, insbesondere die HO-Preise, wurden von der Belegschaft lebhaft diskutiert und gefordert, daß diese Mißstände abgestellt werden. In der Belegschaftsversammlung kam zum Ausdruck, daß die neu-geschaffene Volksarmee auf Kosten der Arbeiter aufgebaut und erhalten werden solle. Die Bauarbeiter verlangten die Auflösung der Volksarmee.“

Die Bauarbeiter marschierten zu den umliegenden Baustellen und forderten alle Bauarbeiter der anderen Baustellen auf, mit ihnen gemeinsam zum Ministerium für Arbeit zu marschieren, um dort gegen die Maßnahmen betr. Normenerhöhung und mangelnder Versorgung der Bevölkerung zu demonstrieren.“

9 Uhr 30

Die ersten Demonstranten erreichen den Strausberger Platz. Zum erstenmal stellt sich ihnen Volkspolizei entgegen. Sie wird über-

rannt, und der Zug bewegt sich weiter zum Alexanderplatz, von dort zum Lustgarten, zur Straße Unter den Linden bis zur Wilhelmstraße.

13 Uhr

Die Arbeiter stehen vor dem Sowjetzonenministerium, dem früheren Luftfahrtministerium. In Sprechhören rufen sie ihre Forderungen. Nach einiger Zeit erscheint an einem Fenster des ersten Stockes Hüttenbauminister Selbmann. Die Erregung der Streikenden steigt. Sie fordern das Erscheinen Grotewohls oder Ulbrichts. Selbmann ist inzwischen vor das Gebäude getreten. Er versichert sein Verständnis dafür, daß sich die Arbeiter aus der Stalinallee gegen die Normen wenden. Man antwortet ihm prägnant: „Wir sind nicht nur von der Stalinallee, wir sind aus ganz Berlin. Wir sind gegen die Normen in ganz Berlin und in ganz Deutschland.“ — „Ich bin selbst nur ein Arbeiter“, sagt Selbmann, und erhält die Antwort: „Das hast du aber vergessen!“ Einer der Demonstranten ruft: „Wir wollen frei sein. Das hier ist eine Volkserhebung. Wir fordern freie, geheime Wahlen!“ Damit ist das weitergreifende Ziel des inneren Aufstandes genannt, und die Masse wiederholt diese Forderung. Als Selbmann wieder sprechen möchte, wird er von den Rufen: „Verschwinden! Abtreten! Ihr alle müßt gehen!“ übertönt. Er verspricht, mit Regierungsstellen zu telefonieren, und geht nun schnell in das Gebäude zurück. Als er nach einer Viertelstunde nicht wieder erschienen ist, bilden die Arbeiter wieder einen Demonstrationzug und marschieren zur Stalinallee zurück.

15 Uhr

Lautsprecherwagen der „Regierung“ fahren neben den Demonstrationenzügen her. Sie melden: „Der Ministerrat hat die Normenerhöhung abgesetzt. Die Arbeiter werden gebeten, sich vor dem Ministerium zu zerstreuen und die Diskussionen in der Stalinallee fortzusetzen.“

Agitatoren der Grotewohl-Regierung verbreiten folgende Erklärung: „Nach Meinung des SED-Politbüros darf und kann die Erhöhung der Normen nicht mit administrativen Methoden durchgeführt werden, sondern einzig und allein auf der Grundlage der Überzeugung und der Freiwilligkeit.“

Die Massen aber sprechen längst nicht mehr von den Normen, sondern vom Rücktritt der Regierung. Die Sprechchöre hallen durch die Straßen: „Wir fordern zum Generalstreik auf.“

15 Uhr 30

Die Streikbewegung greift um sich. Wo der Demonstrationenzug Baustellen streift, winken die Arbeiter von den Dächern und den Gerüsten, klettern die Leitern herab und schließen sich an.

16 Uhr

Auch an anderen Stellen der Stadt wird die Arbeit niedergelegt. Züge mit Transparenten, die Rücktritt der Regierung, Preissenkungen und freie, geheime Wahlen fordern, ziehen durch die Straßen. Noch immer greift die Vopo nicht ein. Tausende sammeln sich vor dem Gefängnis in der Barnimstraße und verlangen Freilassung der politischen Gefangenen.

17 Uhr 30

Die Nachricht von den Vorgängen hat auch die Vororte Berlins erreicht. In der Gegend von Strausberg beschließen die Arbeiter bereits, am folgenden Tag nach Berlin zu fahren und sich den Demonstranten anzuschließen.

18 Uhr

Der große Protestzug hat wieder die Stalinallee erreicht. Die SED setzt Funktionäre und FDJ ein, um die Streikenden durch Propagandareden umzustimmen. Im Hin und Her der Diskussionen werden die Meinungen immer klarer und deutlicher. Die SED-Propaganda erzielt keine Beruhigung, sondern im Gegenteil eine Entfesselung der jahrelang verschwiegenen wahren Meinungen. Transparente mit kommunistischen Parolen werden abgeris-

sen. Embleme der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ werden zerschlagen. Die Vopo greift noch nicht ein.

18 Uhr 15

Tatsächlich aber werden größere Abteilungen der Vopo beobachtet, die auf dem Hof des Ostberliner Polizeipräsidiums vor ihren Einsatzwagen stehen.

18 Uhr 30

Friedrichstraße Ecke Unter den Linden stoßen SED-Propagandisten und die Bevölkerung zusammen.

19 Uhr 30

Die Volksmassen drängen auch von der Warschauer Brücke her zur Stalinallee und zerstören die Embleme der SED-Regierung.

21 Uhr

Die Betriebsgewerkschaftsleitungen der Ost-Bewag und der Eisenbahner sagen den Bauarbeitern den Sympathiestreik zu.

In diesen Abendstunden fand im Friedrichstadt-Palast eine „außerordentliche Parteiaktivtagung“ statt. Dabei wurde nicht direkt erwähnt, was sich in den Straßen Berlins abspielte. Dennoch sprach Otto Grotewohl indirekt um so deutlicher davon, wie man die Volkserhebung „entschärfen“ könnte, indem man sich selbst gleichsam als ihr Wortführer hinstellte.

„Uns geht es einzig und allein um die Sache unseres Volkes. Das allein ermöglicht es uns auch, so klar und so offen über alle Dinge zu sprechen. Wir nehmen keine Zuflucht zur Demagogie, zu Beschönigungs- oder zu Ablenkungsmanövern. Unsere Fehler, die wir offen bekennen, sind auch keineswegs der Ausdruck von Verständnislosigkeit oder von Volksfeindschaft. Das ZK der Partei wird eine völlige und umfassende Darstellung aller Fehler und notwendigen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung erhalten. Das Politbüro wird sich dem ZK der Partei zur vollen Verantwortung stellen. Es wird kein Fehler und kein Mangel in Partei und in Verwaltung unausgesprochen oder im Dunkel bleiben.“

Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse hat sich von den Massen gelöst. Sie müssen sich wieder miteinander vereinigen, und unsere Aufgabe ist es, diese Vereinigung herbeizuführen. Es gibt aus allen diesen Gründen keinen anderen Weg für uns. Man muß eine Wendung vollziehen.“

Die beabsichtigte Wirkung dieser Worte blieb aus. Damit waren die Ereignisse des folgenden Tages vorbestimmt.

22 Uhr

Der Vopo-Funk gibt laufende Befehle, „bei Eintreffen von neuen

Demonstrationszügen oder größeren Menschenansammlungen sofort Meldung zu erstatten“. Aus allen Stadtteilen werden solche Menschenansammlungen gemeldet.

23 Uhr

Die Vopo trifft umfangreiche Vorbereitungen, um Streiks zu verhindern. Einsatzkommandos der kasernierten Vopo stehen bereit, um „Volkseigene Betriebe“ zu besetzen.

Die Streikenden haben inzwischen aufgefordert, sich am nächsten Morgen 7 Uhr erneut auf dem Strausberger Platz zu versammeln.

Nicht Optimismus, sondern Realismus

Bonn, 16. Juni 1953

Aus der Rede des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, an die Bevölkerung der Sowjetzone

... Mit dem Blick auf das gesamte Weltgeschehen dürfen wir Euch, den Deutschen jenseits des Sperrgürtels, sagen: Die Politik auch um Euer Schicksal ist in Bewegung geraten. Dabei wollen wir uns und Euch nicht verhehlen: Die Gegensätze in der Welt sind groß. Das Wesen des Bolschewismus wird immer zwiesichtig bleiben. Deshalb bleibt nicht Optimismus, sondern Realismus geboten. Aber Ihr sollt Euch darauf verlassen, daß wir mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für den friedlichen Weg zu unserer Wiedervereinigung eintreten.

Bonn, 16. Juni 1953

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen gibt bekannt:

Die Demonstrationen der Bevölkerung in Ostberlin können niemanden überraschen, der die unhaltbaren Zustände des sowjetzonalen Regimes kennt. Trotzdem richte ich an jeden einzelnen

Ostberliner und an jeden Bewohner der Sowjetzone die Mahnung, sich weder durch Not noch durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen zu lassen. Niemand soll sich selbst und seine Umgebung in Gefahr bringen. Die grundlegende Änderung Eures Daseins kann und wird nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit und Freiheit erreicht werden. Gerade in diesem Augenblick, da die Politik um die Wiedervereinigung immerhin in Bewegung geraten ist, sollte sich niemand zu gefährvollen Aktionen verleiten lassen.

Denkt daran, daß wir uns unserer Verpflichtung für Euch in jedem Augenblick bewußt sind. Wir werden den großen Mächten die Dringlichkeit einer raschen Lösung der deutschen Frage gerade jetzt mit besonderem Nachdruck vor Augen führen.

Dabei brauche ich nicht zu betonen, daß sich jedermann in der Bundesrepublik und in der ganzen freien Welt mit Euch in Solidarität verbunden weiß. Wir wissen den Sinn und den Mut Eurer Demonstration zu würdigen. Wir bitten Euch aber, im Vertrauen auf unsere Solidarität Besonnenheit zu wahren.

Jakob Kaiser



So begann der 17. Juni 1953 —

Berlin am 17. Juni 1953

7 Uhr

Trotz strömenden Regens haben sich Abertausende auf dem Strausberger Platz eingefunden. Zur gleichen Stunde oder wenig später marschieren aus den Außenbezirken Demonstrationzüge heran. Der Streik, von der Bau-Union ausgegangen, hat auf fast alle Betriebe übergegriffen. Noch versuchen einzelne Propagandisten, von der „aufgehobenen Normenerhöhung“ zu sprechen. Längst aber hat sich der Volksaufstand von diesem einzelnen Übel auf die Ursache gerichtet. Man fordert die allgemeinen Wahlen. Man fordert die Einheit in Freiheit.

Ein Augenzeuge berichtet:

„Wir sind, wie es verabredet war, heute morgen 7 Uhr auf dem Strausberger Platz gewesen und haben uns dort formiert, d. h. nicht direkt zu Sechserreihen oder Viererreihen, sondern wir sind sehr unsymmetrisch losmarschiert in Richtung Alexanderplatz. Auf dem Strausberger Platz war gleich Volkspolizei da und Diskussionsgruppen von der FDJ, die uns, wenn es ging, zerstreuen sollten. Und daraufhin ist schon diese ganze Unzufriedenheit unter den Arbeitern aufgekommen. Denn gestern ist man uns nicht irgendwie entgegengekommen. Man hat uns ruhig demonstrieren lassen, und wir sind daraufhin eben nach Hause gegangen, um das fortzusetzen. Wir haben unsere Regierung zu sprechen verlangt, die hat sich nicht gestellt. Der Zug marschierte weiter über Spittelmarkt, es schlossen sich laufend neue Demonstranten an. u. a. vom HO-Warenhaus und vom VEB Fortschritt, von dem Bekleidungswerk usw. Als wir dann in der Leipziger Straße waren, begegneten uns FDJ-Gruppen, die in Sprechchören riefen, wir sollten auseinandergehen und wären Provokateure. Obwohl man uns gestern gesagt hat — es war Minister Selbmann —, wir wären Arbeiter. In der Leipziger Straße vor dem Ministerium,

da stieg die Empörung noch aus dem Grunde, weil dort, was gestern nicht war, Volkspolizei sich ansammelte. Sie kamen mit Autobussen, wurden ausgeladen und haben die Straße querrüber abgesperrt, erst in einer Reihe, dann zwei bis drei Reihen. Und da wir doch nicht die ganzen Massen so schnell informieren konnten von dem, was bei uns vorn losging und vor sich ging, haben wir den Druck nicht aufhalten können und mußten natürlich die Polizisten zurückdrängen, und es hieß „Knüppel frei“, und die Polizisten schlugen auf Frauen, Kinder und Bauarbeiter ein. Daraufhin haben wir, die wir mit bloßen Händen waren, uns so weit wie möglich dagegen gewehrt und haben mit den Fäusten gehauen. Verschiedene Volkspolizisten zögerten, als das Kommando kam „Knüppel frei“, mit dem Zuschlagen.

7 Uhr 10

Radio Berlin-Ost meldet:

„Es muß endgültig und radikal Schluß gemacht werden mit jeglicher Methode des Administrierens in der Normenfrage. Die Forderungen der Bauarbeiter nach Verbesserung der Arbeitsorganisation, nach Überprüfung tatsächlich falsch berechneter Normen müssen unbedingt beachtet werden. Die IG Bau-Holz des FDGB muß sich dabei zum wirklichen Interessenvertreter der Bauarbeiter machen und darf nicht als Anhängsel der Betriebsleitungen auftreten.“

Von allen Seiten marschieren die Volksmassen nach Berlin hinein.

Ein anderer Augenzeuge sagt aus:

„Funktionäre des FDGB und der SED verhielten sich vollkommen ruhig und haben teilweise den Streik begünstigt. Die Streikenden marschierten zu den anderen Baustellen und zum ehe-

Solidaritätsstreik

der Baustelle in Verbindung mit den Ostberliner Bauarbeitern.

Der Streik ist das gewerkschaftliche Kampfmittel zur Durchsetzung berechtigter Forderungen.

Die Forderungen:

- 1.) Volle Sicherheit für die Sprecher des Streiks.
- 2.) Freie Rede- und Pressefreiheit.
- 3.) Weg mit den Normen.
- 4.) Einen Lohn, der den Preisen in der DDR entspricht, Revidierung des gesamten Preisniveaus für Lebensmittel und Gebrauchsgüter.
- 5.) Freie Wahlen für ganz Deutschland.
- 6.) Weg mit den Grenzgrenzen.
- 7.) Abzug aller Besatzungstruppen.
- 8.) Weg mit der kommandierten Volkspolizei.
- 9.) Sofortige Wiedereinführung der 75-tägigen Arbeitslosigkeit bei Arbeitsrückfahrkarten.
- 10.) Freilassung aller politischen Häftlinge, auch die zu tadeln über 3 Jahren verurteilt worden sind.
- 11.) Rückführung sämtlicher Kriegsgefangenen.
- 12.) Stillfall der Volkskontrollen.

Das Streikkomitee der Baustelle

maligen Flugplatz Johannisthal. Sie forderten die Bauarbeiter auf, sich dem Streik anzuschließen. Die Baustellen hatten aber von sich aus bereits selbst den Streik beschlossen und sich bereit erklärt, noch andere Betriebe (Industriebetriebe) aufzusuchen und die Belegschaften aufzufordern, gemeinsam mit ihnen nach Berlin zu marschieren. Es schlossen sich an die Arbeiter des RAW Schöne-weide, des Betriebsbahnhofes Schöne-weide und des Kabelwerkes Oberschöne-weide. Die Arbeiter erklärten übereinstimmend in dem Demonstrationzug, daß sie dieses Mal dafür sorgen wollten, daß das SED-Regime verschwinde und allgemeine geheime Wahlen zur Bildung einer neuen Regierung durchgeführt würden.“

Aus den Band-Berichten des NWDR:

„Wir kamen zu dem Entschluß, uns den Berliner Arbeitern anzuschließen. Wir legten die Arbeit geschlossen nieder und marschierten mit den Kollegen vom LEW zur Sektorengrenze. Dort wurden die Schranken niedergerissen, und so ging der Marsch weiter durch Westberlin, bis wir in den Ostsektor kamen und von dort zur Leipziger Straße.“

Am Walter-Ulbricht-Stadion wurden die großen Buchstaben, die über dem Portal sind, von Demonstranten heruntergerissen und zerschlagen.

An diesem 17. Juni waren an vielen Straßenkreuzungen Vopos gruppenweise zusammengezogen. Noch griff sie nicht an. *Wiederum sei ein Augenzeuge zitiert:*



Der Demonstrationzug, der inzwischen auf etwa 3000 Personen angeschwollen war, wurde unterwegs niemals von der Vopo angehalten. Lediglich etwa 100 Meter vor dem Regierungsgebäude in der Leipziger Straße stellte sich eine mit Gewehren, Pistolen und Gummiknüppeln bewaffnete Vopokette von 100 Mann quer über die Straße, die aber nach kurzer Zeit von den andrängenden demonstrierenden Arbeitern aus dem Ostsektor durchbrochen wurde. Der Vopo riefen die demonstrierenden Arbeiter zu: 'Reiht Euch ein.' Bis etwa 11 Uhr verhielt sich die Vopo auf der Leipziger Straße ruhig.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Rufe: 'Wir wollen freie Wahlen', 'Wir wollen Herabsetzung der HO-Preise', 'Der Spitzbart, der muß weg' von Demonstranten stammten, die im Ostsektor Berlins wohnen und dort Arbeit haben."

9 Uhr

Die ersten sowjetischen Panzerspähwagen greifen ein. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich diese Nachricht durch die ganze Stadt. Die fünf Panzerspähwagen fahren am Alexanderplatz mit etwa 40 km/ Stunde in die Menge hinein. Nur durch den Umstand, daß die Demonstranten rechtzeitig auseinanderstieben, ist zu diesem Zeitpunkt noch kein Toter zu verzeichnen.

10 Uhr

Die Demonstranten stoßen in der Leipziger Straße auf die absperrende Vopo. Es kommt zum Handgemeine. Der S-Bahn-Verkehr wird eingestellt.

Auch die anderen Verkehrsmittel fahren in Ostberlin nur noch unregelmäßig, da sich das Fahrpersonal den Demonstranten anschließt.

11 Uhr 10

Die rote Fahne auf dem Brandenburger Tor wird heruntergeholt und verbrannt.

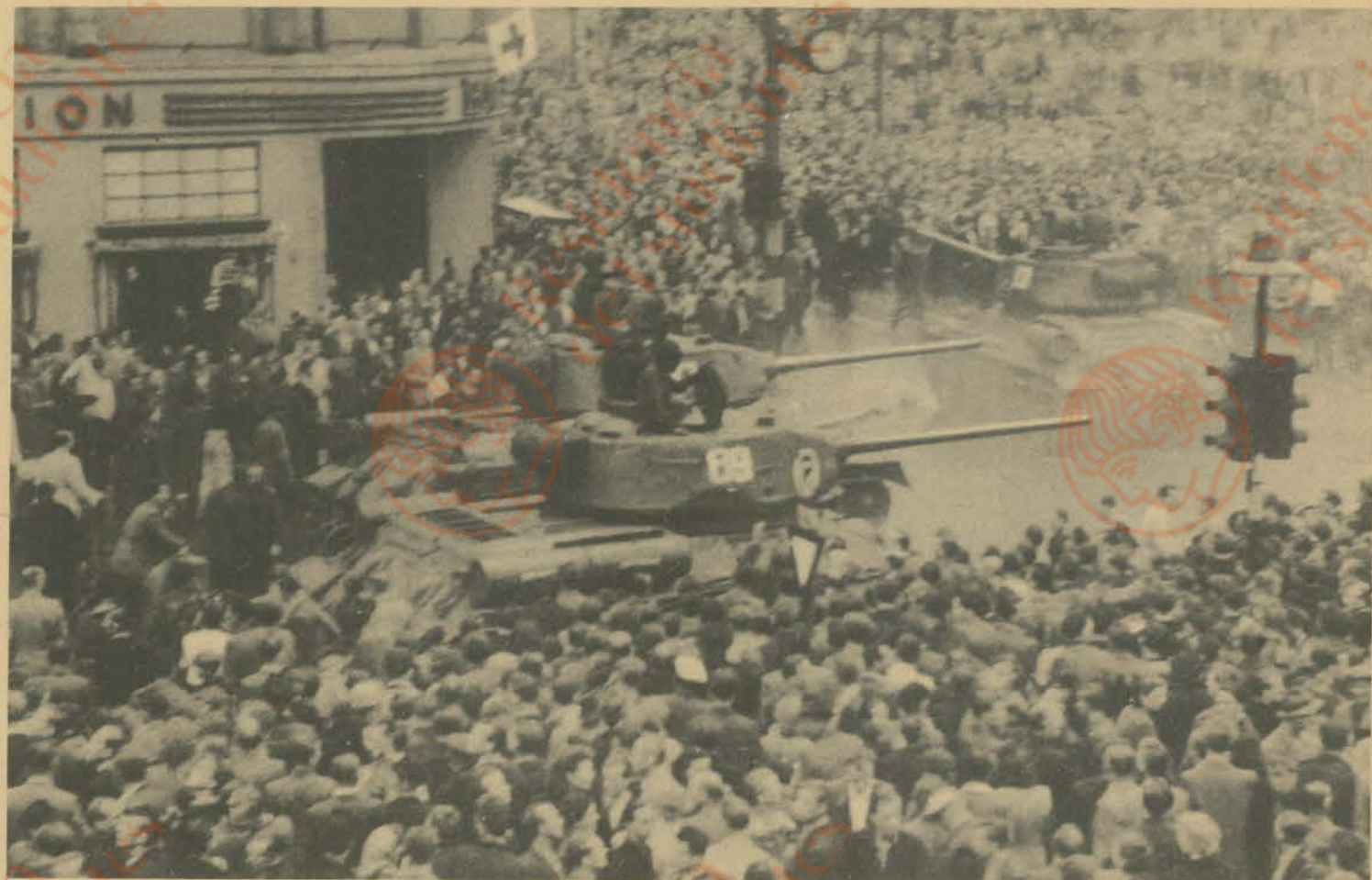
12 Uhr

Auf dem Lustgarten fahren sowjetische Tanks vom Typ T 34 auf.

Ein Augenzeuge berichtet:

„Wir trafen uns 1/29 Uhr auf der Stalinallee und marschierten geschlossen im Zug zum Strausberger Platz. Am Strausberger Platz stellte sich uns zuerst Polizei entgegen. Sie schlug zuerst mit Gummiknüppeln, dann wurde sie niedergestoßen und beiseitegedrängt und dann marschierten wir weiter, und da sahen wir den ersten russischen Panzer auf uns zukommen. Wir bildeten aber eine Kette vorn, und er stoppte vor uns. Wir machten den Weg frei, und er fuhr durch. Wir zogen weiter bis zum Brandenburger Tor und zur Leipziger Straße und wieder zurück zum Lustgarten. Da hat unser Redner die Vorschläge gemacht, wir sollten Generalstreik machen, die Absetzung der Regierung, freie Wahlen für ganz Deutschland, Lohnerhöhung und die HO-Senkung um 40 Prozent fordern. Dann auf einmal brüllten die Leute von oben, von der Galerie, von der Tribüne aus: ‚Panzer kommen!‘ Und da sprengten die russischen T 34, ungefähr 15 Stück, in die Menge hinein.“





Den ersten Toten hatten wir gehabt, als wir zum Brandenburger Tor kamen. Da kamen sieben Panzerspähwagen und fuhren von hinten in unseren Zug rein, und da war der erste Tote gewesen.“

12 Uhr 10

Die Verkehrsmittel stellen ihren Betrieb ein. In allen Teilen der Stadt stehen die Menschen auf den Straßen. Sowjetische Infanterie wird, feldmarschmäßig ausgerüstet, nach Berlin geworfen. Vor dem Regierungsgebäude in der Leipziger Straße stehen 15 Panzer, 20 Panzerspähwagen und über 30 Gefechtsfahrzeuge. Die ersten Schüsse fallen, dann hämmern die Maschinengewehre. Die Menge flüchtet zum Potsdamer Platz.

Noch immer reißt der Strom derer nicht ab, die aus den Außenbezirken in die Innenstadt drängen.

Eine Reporterin des NWDR berichtet:

„Es sind Frauen dabei, Männer, Jugendliche. Zum Teil haben sie ein offenes Hemd, kommen direkt von der Arbeit. Manche haben Aktentaschen mit. ‚Wo wollen Sie hin? — Nach Berlin, nach Pankow!‘ — Das ist die Antwort, die einem die meisten geben. Wenn man sie fragt: ‚Wo wollt ihr hin‘, dann sagen sie entweder ‚nach Pankow‘, oder die meisten sagen: ‚nach Deutschland‘, und wir wissen alle, was sie damit meinen.“

12 Uhr 20

Von nun an ist eine chronologische Reihenfolge der Ereignisse kaum noch aufzustellen. Die am Potsdamer Platz stationierte Vopo hat ihre Uniformen und Waffen aus dem Fenster geworfen, die die Menge der Westberliner Polizei übergibt. Die Vopos rufen: „Können wir nun gehen?“, und die Menge gibt ihnen den Weg frei, — sie stellen sich unter den Schutz Westberlins.

Aus allen Stadtteilen hört man die Schüsse.

Am Potsdamer Platz haben die Volksmassen die Sektorengrenzen niedergerissen. Die Propagandabänder der SED gehen in Flam-





men auf. Die HO-Läden werden zertrümmert, ebenso wie SED-Parteilokale. Akten fliegen auf die Straße, wirbeln durch die Luft, werden verbrannt. Ein Teil der Vopo schließt sich den Demonstranten an. In die Direktsendungen der Rundfunkreporter, die sich an die Sektorengrenzen begeben haben, hört man die Garben der MG hineinprasseln.

Der Volksaufstand hat alle ergriffen, aber gleichzeitig beginnen sowjetische Waffen, in den Händen der Rotarmisten sowohl wie in denen deutscher „Volkspolizei“ die erwünschte Friedhofsstille wieder herzustellen.

13 Uhr. Direkt-Bericht eines RIAS-Reporters

„Schüsse am Potsdamer Platz. Wir haben unseren alten Posten bezogen auf dem Gelände des S-Bahnhofes Potsdamer Platz, Ausgang Westseite. Wir können von hier aus nicht beobachten, wohin geschossen wird und ob diese Schüsse aus russischen oder aus Karabinern der Volkspolizei stammen. Wir können aber von diesem Standort weit hinein in die Leipziger Straße schauen. Als Abschluß des Leipziger Platzes hat man eine Barriere aufgebaut. Wahrscheinlich stehen dahinter viele russische Panzer.

In diesem Augenblick setzt sich die ganze Menschenmasse auf dem Platz in Bewegung. Offensichtlich ist drüben ein Fahrzeug eingesetzt worden gegen die Demonstranten. Man kann es nicht sehen, sie haben gleich hier wieder Halt gemacht und sind zurückgelaufen. Etwa eine Kompanie von Russen, in zwei Teile geteilt, hat auf der rechten und linken Straßenseite die Demonstranten etwa





Potsdamer Platz



Sowjetische Panzer in der Leipziger Straße



Brennende Barrikaden

50 Meter zurückgetrieben, und nun setzt sich der erste der großen T 34 in Bewegung und fährt drohend auf die Massen am Potsdamer Platz zu. Er ist ungefähr noch 30, 40 Meter von den ersten Demonstranten entfernt. Die beiden anderen Panzer haben nach wie vor die Straßensperre der Leipziger Straße übernommen.

Ausnahmezustand!

13 Uhr 30

Befehl des Militärkommandanten des sowj. Sektors von Berlin

Betrifft: Erklärung des Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13.00 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 21.00 Uhr abends bis 5.00 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft.

Militärkommandant des sowj. Sektors von Berlin
Dibrowa, Generalmajor





An den Sektorengrenzen warnen Lautsprecher der Westberliner Polizei die Demonstranten vor den Konsequenzen des Ausnahmezustandes. In der Innenstadt Ostberlins sind die Unruhen noch nicht niedergeschlagen.

18 Uhr

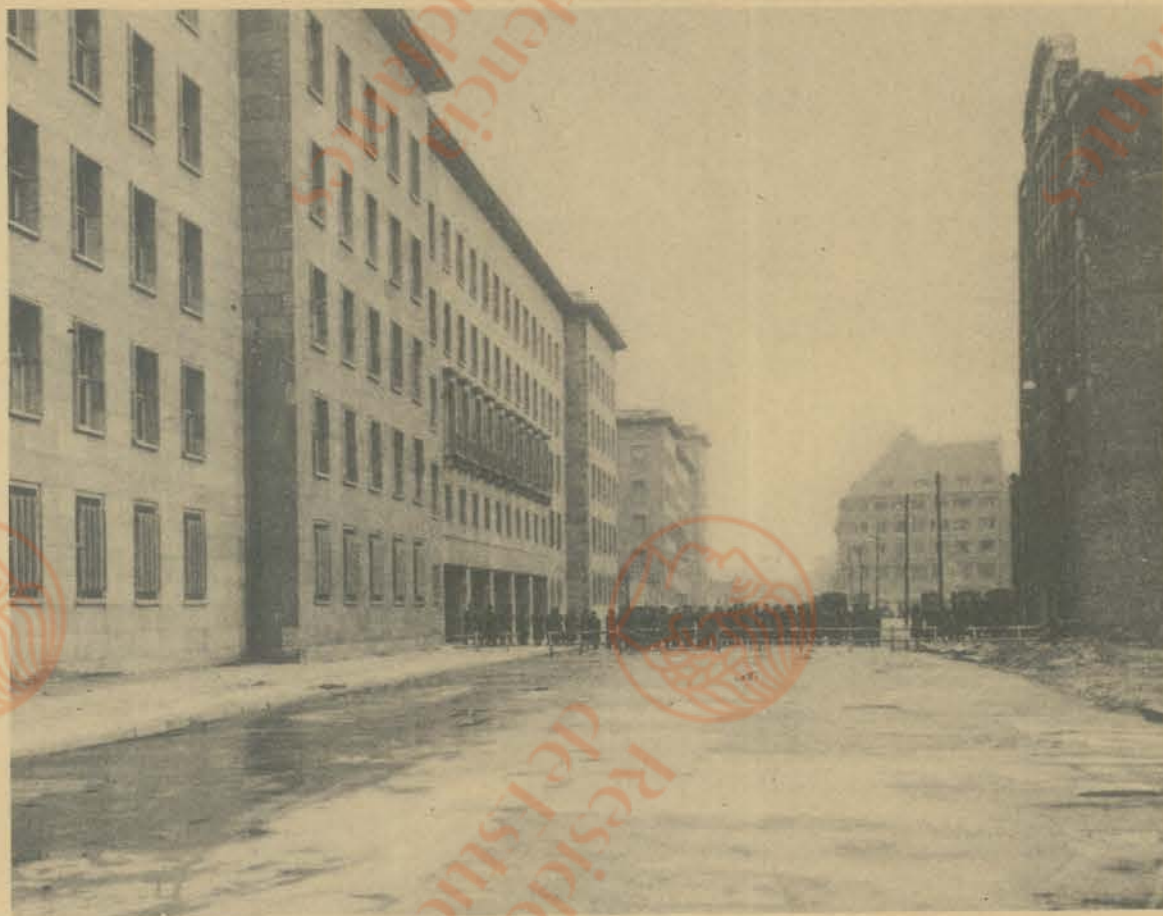
Radio Berlin-Ost meldet:

„Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilt mit: Der Beschluß der Regierung über die Erhöhung der Arbeitsnormen vom 28. Mai 1953 ist aufgehoben. Die einzelnen Ministerien sind mit der Durchführung dieser Maßnahme beauftragt. Otto Grotewohl, Ministerpräsident.“

21 Uhr

In den Straßen Ostberlins patrouillieren nur noch Rotarmisten und Vopo. Die gesamte Bevölkerung muß in ihren Wohnungen sein. Die Stadt gleicht einem riesigen Sarkophag.

Die Vopo-Dienststelle im Columbus-Haus am Potsdamer Platz wird gestürmt, die Vopo ergibt sich, Akten wirbeln durch die Luft



— so endete der 17. Juni 1953

Volksaufstand auch in der Zone

Die Ereignisse des 16. und 17. Juni haben auch den Widerstand der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone entfacht. Unruhen werden gemeldet aus *Potsdam, Leipzig, Dessau, Dresden, Halle* (Bunawerk), *Brandenburg, Merseburg, Chemnitz, Görlitz, Erfurt, Kottbus, Waldheim, Torgau, Bautzen, Rostock* (Neptunwerft), *Warnemünde* (Warnow-Werft), *Kulkwitz* (Kohlenbergwerk).

Zwickau: Das Steinkohlenrevier Olsnitz liegt still.

Zeiss-Werke Jena: Die Belegschaft hat die Arbeit niedergelegt.

Fürstenberg: Die Volksmenge stürmt das Rathaus.

Magdeburg-Sudenburg: Etwa 1000 Streikende wollen das Zucht-
haus stürmen, werden aber von der starken Bewachung beschos-
sen. Zwölf Tote.

Leuna-Werke: Die Arbeit ruht. 18 000 Arbeiter sind im Aus-
stand und Aufstand. Bilder von Stalin und Pieck werden vor den
Fabrikatoren verbrannt. Etwa 240 Vopos legen die Waffen nieder
und gehen zu den Aufständigen über. Die Leuna-Werke brennen.
Es liegt eine Fülle von Augenzeugenberichten vor, von denen hier
nur wenige zitiert werden können, da nicht die Summe aller
Einzelheiten wichtig ist, sondern das Beispiel, das auch für alle
anderen Kernpunkte des Volksaufstandes gültig ist.

In den Augenzeugenberichten sind begründeterweise keine Namen
genannt. Sie liegen aber amtlich vor.

Auch die Zone fordert freie Wahlen

„Die Stimmung unter den Arbeitern in unserem Betrieb war so,
daß wir alle bloß darauf gewartet haben, daß ein Signal losging.
Denn die Lebensverhältnisse waren so, daß wir überhaupt nichts

mehr für unser Geld gekriegt haben. Wir hatten zehn- bis zwölf-
stündige Arbeitszeit, dann noch aufs Land. Das Maß war voll
gewesen, und sämtliche Kollegen des Betriebes haben sich sofort
angeschlossen, haben die Arbeitsplätze verlassen und sind spontan
rausgerannt. Dann hat sich der ganze Demonstrationszug zur
Mitte des Bezirks begeben. Aus der Menge brüllte man: ‚Wir
wollen keine Normen mehr, wir wollen einen Stundenlohn haben,
wo wir unsere Familien ernähren können, wir wollen freie
Wahlen, nieder mit der SED‘, und einige Schreie. Das waren die
Programmpunkte, die allgemein gefordert wurden. Es waren
einige im Werk, die dafür bekannt waren, daß sie mit dieser
„Regierung“ sowieso nicht einverstanden sind und die auch bei den
Kollegen bekannt waren. Die haben jetzt nur die Namen von
denen gerufen, und die haben auch Folge geleistet und haben
jetzt versucht, erstmal die Menge davon abzuhalten, daß sie
irgend etwas unüberlegt zerstört. Das ist ja auch der Streikleitung
im allgemeinen gelungen. Dann versuchten die SED-Betriebs-
funktionäre zu reden oder irgendein Werksleiter. Aber sie sind
nicht zu Wort gekommen, die haben es an und für sich der Be-
sonnenheit der Streikleitung zu verdanken, daß sie nicht ver-
prügelt worden sind. Es ist die Katastrophe, daß keine Organi-
sation und nichts da war. Wir sind alles Menschen in der Zone
gewesen, die noch nie einen Streik oder irgend etwas mitgemacht
haben. Das ist so aus dem Stegreif gekommen, was gemacht wor-
den ist, wir hatten keine Verbindung mit Städten und anderen
Werken. Wir wußten nicht, was wir anfangen sollten. Es ist so,
daß wir froh waren, daß es soweit gekommen war. Man hat nur
noch freudig erregte Gesichter bei der Menge gesehen, denn alle
haben gedacht: Jetzt ist es soweit, jetzt werden wir von der
Knechtschaft und dem Joch befreit.“

Aus einer Stadt mit 70 000 Einwohnern

Arbeiter: „Die Stimmung im Betrieb ist schon lange im Gären gewesen, da hat das Echo von oben gefehlt, und als das Signal von Berlin aus gesprochen war, war es ein Funkspruch, der durch die ganze DDR ging, und alles schloß sich an, und innerhalb einer Stunde waren 17 000 Menschen auf den Beinen und haben sich alle solidarisch erklärt.“

Frage: „Wie war es in der Stadt selber?“

Arbeiter: „Wir haben vor allen Dingen dafür gesorgt, möglichst kein Blut zu vergießen. Die Stimmung war da in der Arbeiterschaft, aber wir haben immer wieder gewarnt: ‚Haltet euch zurück, haltet euch anständig, denn ihr wißt, die Besatzungsmacht hält die Augen offen.‘ Und das ging soweit reibungslos, bis auf kleine Anschläge, die an Gefängnissscheiben gemacht werden.“

Frage: „Wurden HO-Läden geplündert oder gestürmt?“

Arbeiter: „Nichts. Das ist alles ruhig verlaufen. Ob HO, ob Zigarrengeschäft, ob kleiner Fabrikbesitzer, mit Begeisterung haben sie sich alle der großen Demonstration angeschlossen.“

Frage: „Wie ist der Streik zusammengebrochen?“

Arbeiter: „Der Streik ist drüben zusammengebrochen, indem der Russe sofort die Regierung übernommen hat und den Belagerungszustand verhängt hat, daß wir um 8 Uhr bis morgens 6 Uhr von der Straße sein mußten.“

Leipzig

Arbeiter: „Der Demonstrationszug kam von der 18. Oktober-Straße und zog sich runter bis zum Hauptbahnhof. Sie zertrümmerten die ganzen Plakate, holten die Bilder runter, haben sie sofort angebrannt, zogen am Brühl vorbei und zum Augustusplatz, stürmten etliche Häuser. Ob das SED- oder FDJ-Klubhäuser waren... Die Häuser wurden gestürmt, die Akten wurden angebrannt. Dort ging vieles in Trümmer. Der Zug wurde immer

größer und immer größer. Als er am Hauptbahnhof vorbeikam, da kamen gerade viele Reisende aus dem Bahnhof heraus, winkten mit den Mützen und riefen: ‚Hoch, hoch!‘, und die Frauen winkten mit seidenen Tüchern. Der Zug ging weiter, und ungefähr um 8 Uhr sind Panzer vorgefahren am Augustusplatz. Und...“

Frage: „Das war 8 Uhr abends?“

Arbeiter: „Nein, 2 Uhr mittags. Die Panzer haben nicht geschossen. Der Zug ging weiter, die Panzer blieben stehen. Ich habe Leipzig ungefähr um 4 Uhr verlassen. Leider mußte ich weiterziehen. Von Leipzig aus zog ich erst auf Bitterfeld. Dasselbe Lied. Ich machte retour über Delitzsch. Dasselbe Lied. Ich zog weiter per Fahrrad über Eilenburg. Dort war es ruhig. Wie ich weitergefahren bin, möchte ich nicht sagen, um keinen Kollegen, der in meiner Haut steckt, Schwierigkeiten zu bereiten.“

Roßlau (Elbe)

„In Roßlau bestand der Kern der Demonstranten am 17. Juni aus den Beschäftigten der Roßlauer Schiffswerft. Die Arbeiter marschierten zusammen mit den Arbeitern des Elbe-Werkes zum Rathaus. Dort verlangten sie von dem Bürgermeister Gröber, daß er mitmarschiere. Das tat schließlich Gröber auch. Die Demonstranten hatten einen Lautsprecherwagen von der Vopo im Besitz, durch den sie Weisungen gaben. Der Zug nahm sich das Gerichtsgebäude zum Ziel. Dort wurden ungefähr 20 Mann befreit. Als ein Überfallwagen mit Vopo eintraf, wurden die Vopos verprügelt und ins Gefängnis gesperrt.“

Brandenburg

„In der Stadt Brandenburg bildete sich auch bei der Fischerei-Wirtschaftsgenossenschaft am 17. Juni früh eine Streikleitung. Die Arbeiter der Genossenschaft waren dann an der Erstürmung

des Justizgebäudes in der Steinstraße beteiligt. Dabei wurden 13 bis 15 Häftlinge befreit. Am Eingang des Justizgebäudes trat der Oberstaatsanwalt Bechtle den Streikenden mit der Pistole entgegen. Er wurde überwältigt und der Hauptstreikleitung ausgeliefert. Während der ganzen Demonstrationen am 17. Juni waren die Geschäfte in Brandenburg geschlossen. Als erste hatten HO und Konsum zugemacht, weil die Beschäftigten sich dem Demonstrationszug anschlossen. Bald danach schlossen aber auch alle privaten Geschäfte.“

Magdeburg

„Es war so gegen 14 Uhr, da wurden wir Zellenkameraden — wir saßen mit sechs Mann in einer Zelle — durch starke Schläge gegen Tür und Tor aufmerksam. Zuerst nahm ich an, es wäre ein Arrestant, also ein Strafgefangener, der besonders scharf bestraft worden ist und der nun einen kleinen Anfall kriegt. Das war nicht der Fall, weil wir auch Rufe hörten von ‚Freiheit‘ und dergleichen. Jetzt wurden wir langsam erregt. Jetzt kamen auch Schreie von der Mauer, die uns gegenüberlag, und zwar ‚Gerhard‘, also der Name eines bestimmten Gefangenen. ‚Wir holen euch raus!‘ Jetzt wurden die Schläge stärker, ein Jubelruf, ein starker Schrei, und ‚Hurra‘, und sie waren jetzt im Hof. Jetzt kamen unsere Befreier auf die Korridore, sie waren schon vor unseren Türen. Jetzt hatten die aber keine Schlüssel. Unsere Schließer waren nicht da. Die mußten sich versteckt haben. Jetzt wurden die Riegel weggeschoben, daß nur die Schlüssel zu sprengen waren. Jetzt haben wir von innen her mit Heizkörpern geholfen, die Türen zu sprengen. Und das ging im Nu! Wir waren draußen und waren auf dem Hof. Wir haben sie gefragt: ‚Was ist überhaupt draußen los?‘ ‚Wir wollen die Regierung stürzen‘, wurde uns geantwortet. Nun ging es in die Effektenkammer, wo unsere Papiere und Wertsachen, wie Uhren und dergleichen, aufbewahrt wurden. Dem stand meistens ein Wachtmeister vor, der Wacht-

meister, der die Sachen zu betreuen hatte. Die Wachtmeister waren zugegen und sehr zuvorkommend und gaben uns unsere Sachen heraus. Nun gingen wir durch die Straßen und sahen — die eigentliche Demonstration war vorbei. Die Arbeiter von allen Werken sollen demonstriert haben, wie Krupp-Gruson, Buckau-Wolff, Mackensen.

Das waren alles junge Arbeiter von 20 Jahren und Mädels von 20 Jahren, alles junge Leute. Und nun sahen wir in den Straßen überall die sowjetischen Panzer auffahren und erfuhren von Passanten, was geschehen war. Der Justizpalast ist gestürmt worden, die Akten sind verbrannt worden. Das Polizeipräsidium ist auch ausgeräumt worden, und das Zuchthaus in Sudenburg ist nicht vollständig ausgeräumt worden, also nur ein Teil wurde da befreit, weil Panzer kamen, und die Polizei hat mit Karabinern von den Dächern auf die Demonstranten geschossen.“

Gebiet Brandenburg

In der Thälmannwerft, dem Schlepperwerk Brandenburg, der Elisabeth-Hütte, selbst dem Panzerinstandsetzungswerk Kirchmöser, welches unter sowjetischer Leitung steht, wurden die Kommuniqués des Politbüros und des Ministerrates diskutiert. Unter der Arbeiterschaft griff eine steigende Erregung Platz. Sehr scharfe Kritik wurde selbst von Mitgliedern der einzelnen BGLs geübt, und die Stimmung steigerte sich bis zum 17. Juni, nachdem bekannt wurde, daß die Bauarbeiter der Stalinallee in den Streik getreten waren, zur offenen revolutionären Bewegung. Zuerst begannen die Arbeiter der Bau-Union mit dem Streik und zogen in geschlossenem Zug zur Ernst-Thälmann-Werft.

Die Arbeiterschaft hatte zwischenzeitlich die Freilassung politischer Gefangener erzwungen und ging vielfach in die Betriebe und verbreitete den Erfolg ihrer Demonstration. Von den entlassenen Gefangenen war bekannt geworden, wie sie zum Teil schwer mißhandelt worden sind, und daß noch Hunderte von



politischen Gefangenen, darunter auch Kinder von Flüchtlingen, in der Untersuchungs-Haftanstalt festgehalten werden.

Die Arbeiter zogen zur Thälmann-Werft und drückten dort die Tore ein. Von der sofort gebildeten Streikleitung wurden durch Radfahrer das Stahlwerk, die VEB Stahlbau und das Schlepperwerk benachrichtigt, und von diesen Werken zog ein zweiter Demonstrationszug nach der Thälmann-Werft, und in kurzer Zeit war die gesamte Stadt in Aufruhr. Demonstrierende Massen zogen durch die Stadt. Mehrfach wurden Volkspolizisten entwaffnet oder diese Volkspolizisten zerschlugen selbst ihre Karabiner und schlossen sich den Massen an. Nachts, gegen 23 Uhr, zog die Menge erneut vor das Amtsgericht Steinstraße, nachdem sie bereits das SED-Kreisbüro gestürmt hatte, sämtliche Akten auf die Straße geworfen und sie zum Teil auch verbrannt hatte. Weiter wurde das FDGB-Haus gestürmt, das Haus der Deutsch-sowjetischen Freundschaft und eine Reihe von Büchereien erbrochen und stalinistische Literatur in Bergen auf die Straße geworfen und verbrannt. Ganze Wagenladungen voll Akten wurden einfach in die Havel geworfen. Eine in der Nähe des Amtsgerichtes Steinstraße provisorisch zusammengestellte Streikleitung hielt dauernd mit den einzelnen Demonstrationszügen, welche die vorerwähnten Gebäude stürmten, Verbindung. Von den russischen Truppen wurde bisher nicht eingegriffen. Eine der Volkspolizeibereitschaften verweigerte ebenfalls ein Eingreifen. In der Nacht wurde das Amtsgericht Steinstraße gestürmt; die zum Schutz eingesetzte Volkspolizei schnallte die Koppel ab und leistete keinerlei Widerstand. Meiner Schätzung nach waren wir 20 000 Mann. Vor dem Gefängnis haben die Frauen gerufen: „Laßt die Frauen frei!“ Wir wollten auch zum Zuchthaus marschieren. Aber das wurde verriegelt und abgesperrt. Die ersten Schüsse haben eine Frau getroffen und einen Zimmermann in den Bauch. Eine Polizistin soll geschossen haben.

Die von der Kreis-VP eingesetzten Bereitschaftswagen wurden von der Menge umgekippt. Mehrere als Kommunisten erkannte Volkspolizisten wurden von der Menge geschlagen. Der größte Teil der Volkspolizisten schnallte die Koppel ab und verbrüdete sich mit der Masse.

In den Morgenstunden des 17. Juni wurde die Untersuchungs-Haftanstalt in der Steinstraße 61 gestürmt und 42 politische Häftlinge befreit. Befreit wurden ferner aus der Untersuchungs-Haftanstalt 10 bis 15 Kinder und, wie uns aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, darunter ein dreijähriges Kind (Kinder von sogenannten Republikflüchtigen).

Da sich die sowjetische Garnison in Brandenburg im wesentlichen zur Zeit in Altengrabow befindet, waren nur schwache russische Kräfte vorhanden, die in derselben Nacht noch eingesetzt wurden. Von der Menge wurden fünf russische Soldaten entwaffnet und schwer verprügelt. Seitens der Russen wurde nur in die Luft geschossen. Die sowjetischen Soldaten standen dem ganzen Geschehen völlig fassungslos gegenüber.

In Brandenburg hat es nach den bisherigen Feststellungen zwei Tote und etwa 25 Verletzte gegeben. Diese Verluste sind überwiegend auf das Feuer der VP zurückzuführen. Bereits seit dem 19. Juni nachmittags fanden in den Werken laufend Verhaftungen statt.“

Rathenow

Am 17. Juni gegen 14 Uhr versuchte die Menge, als letztes Haus das Kreispolizeiamt Brandenburg zu stürmen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht. Da die Menge aber die Karabiner der Volkspolizei zum größten Teil zerschlagen hatte, waren zu wenig Waffen vorhanden, um das Vorhaben durchzuführen. Zwischenzeitlich rückten russische Kräfte an und entsetzten das Kreis-



Vopo schießt auf deutsche Arbeiter



polizeiamt. Nach Verhängung des Belagerungszustandes gelang es den russischen Einheiten, zusammen mit den Resten der Volkspolizei sowie eingesetzten kommunistischen Funktionären, die Aufstandsbewegung zu unterdrücken.

Bitterfeld

Die ersten Demonstrationzüge formierten sich am Mittwoch, dem 17. Juni 1953 gegen 10 Uhr vormittags. Um 12 Uhr sollten sich sämtliche Demonstrationzüge auf dem „Platz der Jugend“ zu einer großen Kundgebung sammeln. Anwesend: Etwa 35 000 Menschen. Vor Beginn der Kundgebung wurde der Kraftwagen des Bitterfelder Polizeidirektors *Nosseke* umgekippt.

Auf dem Wege zur Kundgebung wurden sämtliche Plakate und Bilder von Pieck und Ulbricht heruntergerissen (so zum Beispiel vom „Haus der FDJ“ in der Lindenstraße). Von Demonstranten wurde der Personalchef der Konsumzentrale, *Rüger*, SED-Funktionär, im Laufe einer Auseinandersetzung mit Arbeitern in der Karl-Marx-Straße totgeschlagen.

Falkensee

Im größten Werk von Falkensee wurde am Mittwoch, 17. Juni, von der gesamten Belegschaft gestreikt. Von diesem Werk aus gingen Arbeiter in die anderen Betriebe und forderten ihre Kollegen auf, sich mit den Arbeitern solidarisch zu erklären. Die Partei stellte sich in allen Betrieben gegen den Streik und suchte die Arbeiter mit Drohungen einzuschüchtern. Der Streik wurde zum Generalstreik erst, als die Mitteilung von dem Streik der Henningsdorfer Walzwerksleute eintraf. Dann wurde der Streikleitung mitgeteilt: „Wenn ihr nicht in einer halben Stunde das Werk verlaßt, werdet ihr von den Russen verhaftet.“ Einem Teil der Streikleitung gelang es, über Staaken nach Berlin zu kommen. Die Streikenden stellten fest, daß die ganze Seegefelder

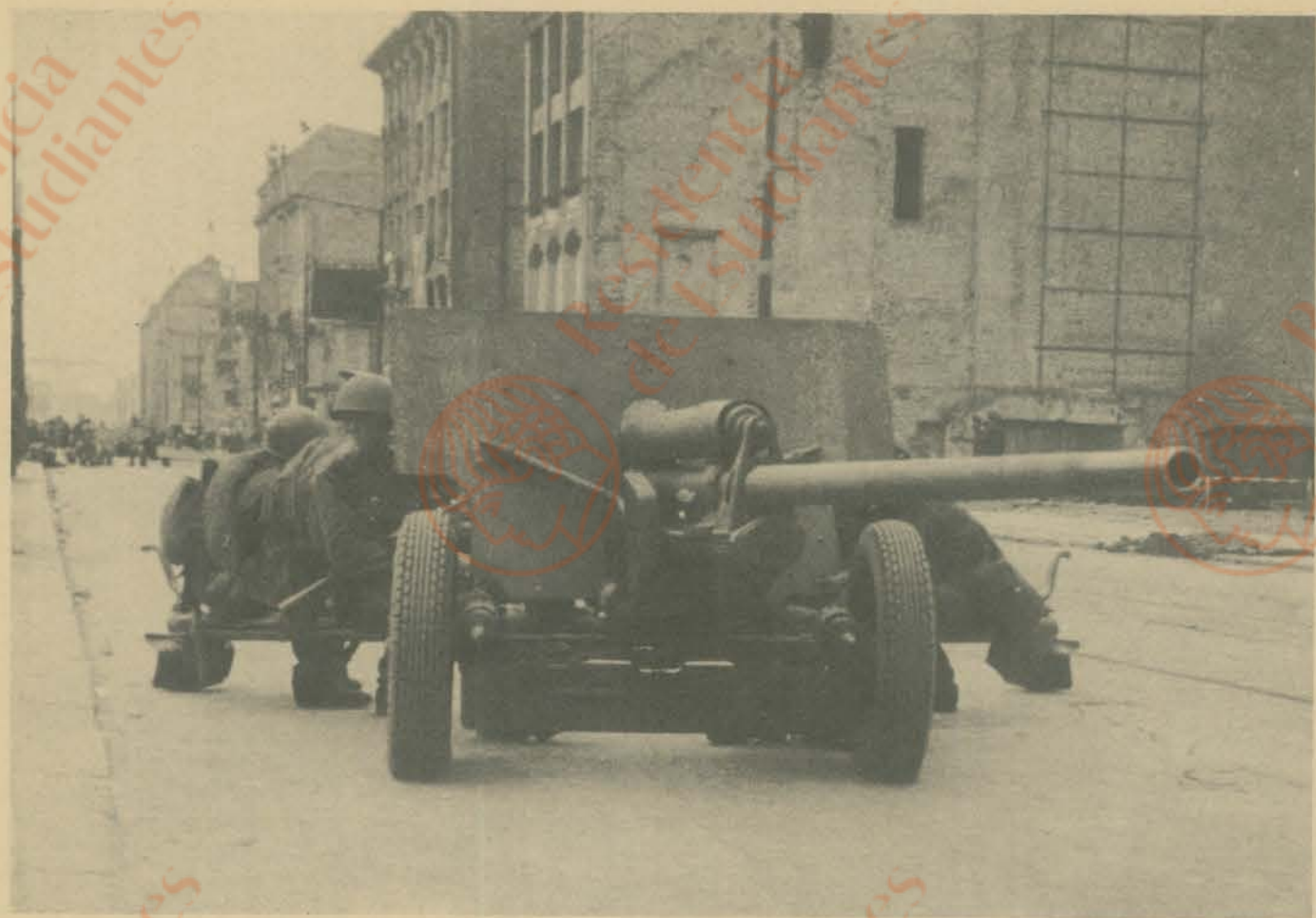
Straße am Freitag mit Panzern besetzt war. Es waren lange, unübersehbare Reihen, meist T 34, aber auch Panzerspäh- und Funkwagen.

Rothensee

Am Mittwoch, dem 17. Juni, um 1/210 bis 10 Uhr, formierte sich ein Demonstrationzug nach Magdeburg. Gegen 1/212 Uhr war die Zahl der Demonstranten um mehrere hundert weitere Menschen angewachsen. Die Demonstranten zertrümmerten die Schaukästen an der Schule, sie kletterten auf die Mauer, holten alle Transparente und Schilder herunter und brachen die Fahnenstange ab. Dann wurde mit Gewalt die Tür zum Gewerkschaftshaus aufgerammt. Gegen 6 Uhr abends am Mittwoch trafen dann russische Panzer ein und stellten sich vor der Gewerkschaftsschule auf. Gleichzeitig kamen sowjetische Panzerspähwagen und Truppen auf Motorrädern. Die Bevölkerung mußte sich daraufhin zurückziehen. Nun traten auch die ersten Vopos wieder in Erscheinung und die SSD-Leute.

Filmfabrik Agfa-Wolffen, SAG

In Wolffen hatten am 16. Juni 1953 abends zahlreiche Arbeiter gehört, daß die Bauarbeiter der Stalinallee in Berlin streikten. Am Morgen nach Arbeitsbeginn war diese Tatsache überall das einzige Gespräch. Es bildete sich ganz spontan eine Vertretung der Arbeiter, die im Laufe des Vormittags zu der sowjetischen Generaldirektion ging und dort die Forderungen der Arbeiter vortrug. Der Generaldirektor versprach ohne weiteres die Abschaffung der letzten Normenerhöhung, aber das genügte der zwölfköpfigen Delegation nicht. Sie wollte auch durchsetzen, daß die SED und auch ihre Herrschaft aus dem Werk verschwinde. Schon während der Verhandlungen war ein großer Teil der Belegschaft in geschlossenem Zug nach Bitterfeld gezogen, hatte dort



das Rathaus besetzt, dann die Volkspolizeistation und schließlich 200 bis 300 politische Gefangene aus dem Gefängnis befreit und den Staatsanwalt verprügelt.

Merseburg

Am Mittwoch, 17. Juni, ungefähr um 10.30 Uhr, wurden etwa 80 bis 100 Gefangene aus dem SSD-Gefängnis aus der Poststraße in Merseburg durch die Buna-Kumpels befreit. Der Demonstrationzug füllte mit seinen 28 000 bis 30 000 Menschen die ganzen Straßen von Merseburg. Außer den Buna-Kumpels waren auch die Arbeiter von Leuna, von den Kohlengruben Groß-Kayna, Neumark, Micheln und überhaupt aus dem ganzen Geiselatal an den Demonstrationen beteiligt.

Die Polizei wurde in Merseburg von den Demonstranten entwaffnet. Um 1/22 Uhr kamen dann aus Richtung Naumburg und Weißenfels die Russen mit Panzern, Spähwagen und kleinen Kanonen und sprengten die Bevölkerung auseinander, aber nur mit Schreckschüssen. Die Russen begannen auch sofort mit Verhaftungen von Demonstranten, konnten die Verhafteten aber nicht festhalten, weil die Bevölkerung sich immer wieder dazu drängte und ihnen die Verhafteten entriß.

Halle

In dem großen Frauengefängnis in Halle, Kl. Steinstraße 7, befanden sich etwa 1000 Gefangene. Gegen 10 Uhr am 17. Juni vernahmen die Gefangenen von der Straße Rufe. Dann riefen auch aus den Zellen die Gefangenen: „Wir wollen die Freiheit!“ Um 2 Uhr drang die Bevölkerung in das Gefängnis ein. Es wurden nur die politischen Gefangenen befreit.

Um 18 Uhr abends — der Ausnahmezustand war bereits erklärt — fand auf dem Hallmarkt und Großen Markt eine große Kundgebung statt. Es waren viele tausend Menschen da. Auf

Befehl!

**Ueber die Stadt Halle ist der
Ausnahmezustand**

**verhängt. Demonstrationen,
Versammlungen und Zusammenrottungen jeder Art sind
verboten.**

**Jeder Aufenthalt auf den
Straßen ist von**

**21.00 bis 4 Uhr
verboten.**

**Im Falle von Widerstand
wird von der Waffe Gebrauch
gemacht!**

Halle, den 17. Juni 1953

**Chef der Garnison und Militär-
kommandant der Stadt Halle
(Saale)**



einer Bühne, auf einem Wagen oder einem Faß stand ein Mann und redete. Er sagte, die Bevölkerung wolle nur die Freiheit, genau so wie im Westen. Bei der Kundgebung standen auf dem Platz die russischen Panzer und die Menschen ringsherum. Einige Male fielen Schüsse. Der Bericht behauptet, selbst vier Tote gesehen zu haben und mehrere Verletzte. Einer sei von den Russen erschossen worden, als er mit Bildern von Pieck und Grotewohl ankam, die er habe vernichten wollen.

Leuna-Werke

„Bis zum Frühstück waren sie in Leuna ruhig. Dann ging es im Bauhof Süd los, da meuterten die Arbeiter. Durch Arbeiter, die im Werk herumfahren, erfuhren wir davon. Die gesamte Belegschaft von dem Leuna-Werk wurde zum Verwaltungsgebäude bestellt. Und die Sache kam dann auch in Gang. Als wir vor dem Verwaltungsgebäude ankamen, waren dort mindestens 20 000 Mann versammelt.

Die Leuna-Werke haben 28 000 Mann Belegschaft. Es meldeten sich Redner. Einer war dabei, der lange Jahre in Buchenwald war. Es wurde erst einmal gefordert, mit dieser Lohnreiberei Schluß zu machen. Es wurde gefordert, daß die Werkspolizei sofort entwaffnet würde — es wurde auch durchgeführt durch die Arbeiter — und daß der — wie man so sagte — der schändliche Name Walter Ulbricht von dem Werk verschwinde. Das Ergebnis war, daß die empörten Arbeiter vor das Standbild mit dem Kopf Walter Ulbrichts gingen und es umgestürzt wurde. Die nächste Maßnahme war, daß der Werkfunk besetzt wurde und die Rundfunkwagen ebenfalls.

In der Zwischenzeit hatten wir bereits erfahren, daß Buna und die Waggonfabrik Ammendorf bereits streikten und daß die Belegschaft der Waggonfabrik Ammendorf bereits in Halle war und die Buna-Belegschaft im Marsch auf Merseburg, und wir

marschierten dann nach Merseburg. Das Deutschlandlied wurde angestimmt, und die Bevölkerung stand an den Fenstern und jubelte uns zu. Wir rissen überall die Transparente herunter, und dann kamen wir an dem FDJ-Heim in Merseburg vorbei. Dort wurden sämtliche Bilder, die Grotewohl, Pieck und Reimann usw. — ich bin selbst dabeigewesen —, wir haben die Bilder von den Wänden genommen, sie aus dem Fenster herausgehalten. Sie wurden mit Pfui-Rufen beantwortet, wir haben sie aus dem Fenster geschmissen, da wurde gejubelt. Es kamen uns zwei Volkspolizisten entgegen, wir rannten sofort rüber und wollten sie entwaffnen. Sie hatten aber keine Waffen. 'Wir machen ja mit', sagten sie, und begannen, Koppel abzuschlagen und nun mitzumarschieren.

Und dann kamen wir nach Merseburg. Da hörten wir, daß das Gefängnis bereits gestürmt war. Vierzehnjährige Kinder sollen dringewesen sein, und die Leute in einer schauerlichen Verfassung. Als wir hinkamen, da war alles erbrochen, die Akten waren auf dem Hof und angebrannt worden, die Strafakten, und die Leute waren alle frei. Ich bin dann reingefahren nach Halle am Nachmittag.

Dann haben sie den Landesvorstand der SED, das sogenannte Haus der Einheit, am Marx-Engels-Platz, früher Steintor, gestürmt. Es gab drei Tote und acht Verletzte. — Und dann kam die Versammlung am Hallenmarkt. Solche Demonstration hat Halle noch nie erlebt. Der ganze Hallenmarkt war voll, Kopf an Kopf. Und es fand sich dann auch ein mutiger Mann, der da oben stand, der dann nochmals die Forderungen formulierte. Dahinter kam dann ein Sprechchor, mindestens 50 000 bis 60 000 Menschen, die da unten standen, in einem Chor 'Freiheit' brüllten. Schließlich, als wir gerade gegen Ende der Versammlung waren, rollte ein sowjetischer Panzer oben am Ratstor runter zum Hallenmarkt und fuhr kreuz und quer durch die Demonstranten.





Erneuter Ansturm der Menge



Panzer — Panzer — immer wieder Panzer

Wir haben uns aber nicht weiter stören lassen, sondern sind immer ausgewichen. Das Ding wurde entsprechend empfangen mit Pfiffen, Fäuste wurden gereckt und Pfui-Rufe gab es. Dann marschierten wir weiter, hatten vom Polizeipräsidium die schwarz-rot-goldene Fahne runtergenommen, die ging dann vorneweg. Und dann kamen die russischen Patrouillen mit diesen Panzern, Panzerspähwagen und Motorrädern, da waren MG's, die schossen rückhaltlos in die Menge rein, die sich nun nicht so schnell vertreiben ließ. Wir mußten dann in die Häuser zurück und rechneten schon damit, daß nun in der Nacht die Verhaftungen erfolgten. Und sie erfolgten auch. Am anderen Morgen mußte ich fliehen.“

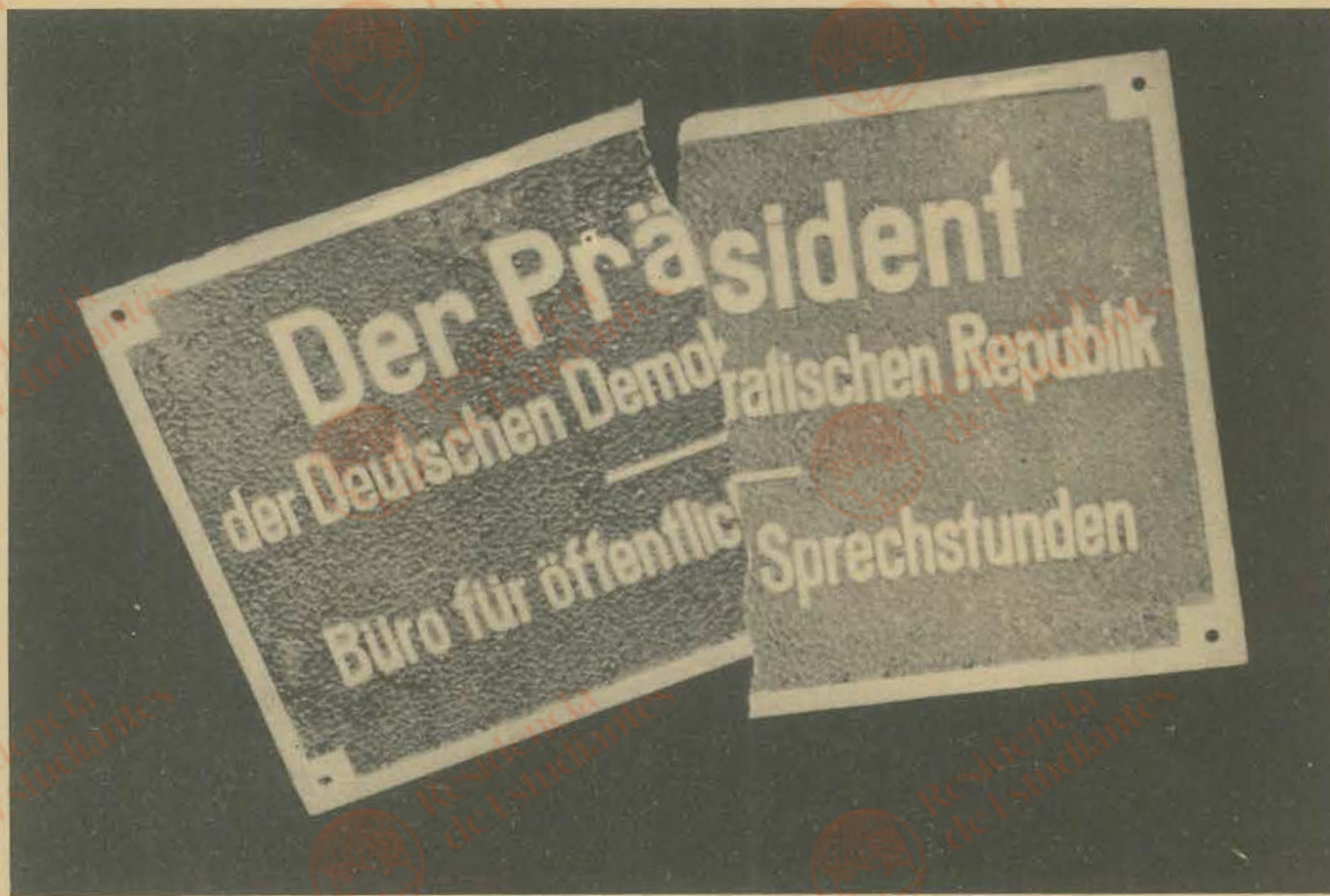
Leipzig

„Mehr als 30 000 Menschen sammelten sich in Leipzig, stürmten das Gebäude des Rundfunks, stürmten die Kreisleitung der FDJ, der Pavillon für deutsch-sowjetische Freundschaft ging in Flammen auf. Beim Durchmarsch durch die Ritterstraße erschienen drei Kübelwagen mit Volkspolizei, zwei wurden umgekippt, die Vopo entwaffnet und entkleidet und die Waffen am Rinnstein zerschlagen. Der dritte Wagen entfernte sich, als der Ruf ertönte, Deutsche dürften nicht auf ihre Brüder schießen. Am Reichsgericht stand die Polizei schußbereit hinter Scherengittern. Ein Tor in den Innenhof wurde eingedrückt, die ersten Schüsse fielen, sieben Lastkraftwagen mit sowjetischen Soldaten erschienen. Die Russen hielten ihre Gewehre senkrecht in die Luft und schossen; dann fuhren sie, von der Menge mit Beifall überschüttet, wieder ab. Die Vopos schossen in die Menge. Gegen 19 Uhr abends wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Straßenbahn war mit Kreide beschriftet: „Die Vopo schießt auf deutsche Arbeiter, nieder mit der Regierung!“ Eine Blutlache auf der Straße war mit Blumen umkränzt.“

Jena

„Wir kamen früh um 1/28 Uhr rein in den Betrieb, und da war die Gießerei schon am Streiken. Es wurde aufgefordert, in die Halle 21 mit sämtlichen Belegschaftsmitgliedern runterzukommen. Die Belegschaft ging sofort los. Wie wir runterkamen zum Holzmarkt, war schon das FDJ-Kreissekretariat — sogar die FDJ-ler selbst — dabei und schmissen ihre gesamten Akten und KK's, also kleinkalibrige Gewehre, zum Fenster raus. Die Pieck-Bilder, die Ulbricht-Bilder... Bis einer Richtlinien gab, die Untersuchungsgefangenen aus dem Untersuchungsgefängnis zu holen und vors Amtsgericht zu gehen.

Ich war selber mit dabei, also in der Nähe vom Untersuchungsgefängnis, als die Häftlinge aus dem Gefängnis herausgeholt wurden. Die Wachen, die da waren, setzten sich zur Wehr. Sie wurden dabei niedergeschlagen, und auf Tragbahren wurden sie weggebracht. Ich sah mit eigenen Augen: Ein siebzehnjähriges Mädchen wurde herausgebracht, sie war gefesselt und ziemlich geknebelt — man kann schon sagen: krummgeschlossen. Sie sagte aus, daß sie schon ungefähr seit drei Tagen unten im Keller liege in dem Zustand und nur Wasser zu trinken bekommen hätte. Und dann kamen noch einige andere Kollegen heraus, die ebenfalls im Gefängnis gesessen hatten und teilweise tagelang bis an den Bauch im Wasser gestanden haben. — Gerade gegenüber vom Untersuchungsgefängnis ist das russische Krankenhaus. Die Posten taten nichts, sie erkundigten sich nur, was denn hier gemacht wurde. Sie waren ziemlich erstaunt, sie wußten gar nicht mehr, wie ein Streik aussieht. Etwa eine halbe Stunde später anscheinend haben die russischen Panzer-Befehl erhalten, vorzufahren und rücksichtslos in die Menge reinzufahren. Und da sah ich dann auch wieder mit eigenen Augen, daß die Frauen Straßenbahnwagen einfach vor die russischen Panzer schoben, um die Panzer aufzuhalten, was natürlich nicht gelang.“



Ein Schild zerbrach — mit ihm der Machtanspruch eines Gewaltregimes

Alle Deutschen stehen zusammen

Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag

Bonn, 17. Juni 1953

Die Ereignisse in Berlin haben in der deutschen Öffentlichkeit und darüber hinaus in der Welt starken Widerhall gefunden. Die Bundesregierung erklärt zu den Vorgängen:

Wie auch die Demonstrationen der Ostberliner Arbeiter in ihren Anfängen beurteilt werden mögen, sie sind zu einer großen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes in der Sowjetzone und in Berlin geworden. Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, daß wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Wir hoffen, daß sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, die ihr Leben und die Freiheit gefährden könnten.

Eine wirkliche Änderung des Lebens der Deutschen in der Sowjetzone und in Berlin kann nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit erreicht werden. Der Weg hierzu ist, wie der Bundestag in seinem Beschluß vom 10. 6. erneut bekräftigt hat,

1. die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland,
2. die Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland,

3. der Abschluß eines mit dieser Regierung frei zu vereinbarenden Friedensvertrages,
4. die Regelung aller noch offenen territorialen Fragen in diesem Friedensvertrag,
5. die Sicherung der Handlungsfreiheit für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung im Rahmen der Grundsätze und der Ziele der Vereinten Nationen.

Die Bundesregierung wird nach diesen Grundsätzen handeln und sich darüber hinaus bemühen, daß bald wirksame Erleichterungen im Interzonenverkehr und in der Verbindung zwischen Berlin und der Bundesrepublik verwirklicht werden, die der wiedererstehenden Einheit den Weg bahnen sollen.

Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung der Ereignisse mit größter Aufmerksamkeit, sie steht mit den Vertretern der Westmächte in ständiger enger Verbindung.

In dieser bedeutsamen Stunde wollen wir alle ohne Unterschied politischer Auffassungen für das große gemeinsame Ziel zusammenstehen.



Auch Panzer trennen uns nicht!

Bekanntnis zur Einheit in Freiheit

Aufruf der Westberliner Parteien

Berlin, 17. Juni 1953

Mit tiefer Erschütterung haben wir alle die spontanen Kundgebungen verfolgt, die heute ganz Berlin bewegen. Was wir hier erlebten, ist zuerst aus der wirtschaftlichen Not erwachsen, in der die Menschen Ostberlins und der Sowjetzone seit acht Jahren leben müssen. Ganz Deutschland weiß von dieser Notlage und hat sich seit Jahren bemüht, zu helfen, wo geholfen werden konnte. Es ist aber nicht die Not allein, die zu den jetzigen Willensäußerungen führte, viel stärker war die sich ständig steigernde Entrechtung der Arbeiter und nicht nur der Arbeiter, sondern aller freiheitsliebenden Menschen in Ostberlin und der Sowjetzone. Das brutale System der Diktatur hat dazu geführt, daß diese Menschen zu Tausenden in die Gefängnisse geworfen wurden, zu Hunderttausenden ihre Heimat verlassen mußten. Die Machthaber der Sowjetzone sind immer wieder gewarnt worden, sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen.

Jetzt hat die wirtschaftliche Not in Verbindung mit der politischen Not dazu geführt, daß die Ostberliner auf die Straße

gegangen sind, um ihr Recht zu fordern und ihren Willen zur Freiheit und zur echten Demokratie kundzutun. Das kann niemand besser verstehen und mitfühlen als die Berliner, die sich in acht Jahren ihre Lebensrechte und ihre Freiheit oft unter schwierigsten Umständen erkämpft haben und die mit heißem Herzen die Ereignisse der letzten Tage verfolgt haben.

Wir sind in Gedanken bei Euch und wir sind gewiß, daß das ganze deutsche Volk so denkt wie wir. Wir hoffen aber auch, daß die Besatzungsmächte erkennen, was erkannt werden muß: Daß jetzt sofort eine grundlegende Änderung der Verhältnisse in Berlin und in der Sowjetzone erfolgen muß.

Das ist Euer Wille und das ist unser Wille. Darin sind alle Deutschen sich einig. Das ist der Wille und der Weg zum freien und einheitlichen Deutschland. Das ist der Sinn Eurer Kundgebungen, denen wir voll zustimmen! Vermeidet jede Provokation, die der Sache nur schaden kann. Eure Stimme ist in der Welt gehört worden. Es muß alles geschehen, um Eure berechtigten Wünsche zu erfüllen!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Franz Neumann

Christlich Demokratische Union

Egon Endres

Freie Demokratische Partei

Carl-Hubert Schwennicke

Deutscher Gewerkschaftsbund

Ernst Scharnowski

Unsere Herzen kennen keine Sektorengrenzen

Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 17. Juni 1953, 22 Uhr 30

Präsident Suhr:

Ich eröffne die 72. Außerordentliche Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin, eine außerordentliche Sitzung, weil sie zu außerordentlicher Stunde einberufen wurde, außerordentlich aber vor allem durch den Anlaß dieser Sitzung.

Wir können die Arbeit heute nicht aufnehmen, ohne der Opfer zu gedenken (*die Anwesenden erheben sich*), die heute ihr Blut geopfert haben. Nach amtlicher Feststellung haben wir in den Westsektoren einen Toten und 60 Verwundete zu beklagen. Die Zahl und Größe der Opfer im Osten kennt im Augenblick niemand von uns genau. Wir verneigen uns vor diesen Opfern und allen Opfern der Gewaltherrschaft in den letzten Jahren.

Lipschitz (SPD):

Voller Bewunderung blickt die ganze freie Welt auf die Geschehnisse der letzten Tage und Stunden in Ostberlin. Diese Ereignisse, die den Charakter einer echten Volkserhebung angenommen haben, beweisen wieder einmal die alte Wahrheit, daß der Arbeiter in Zeiten der Not der Kämpfer für Freiheit und Demokratie ist. Ich glaube daher, dort, wo das ausgesprochen werden kann, was ausgesprochen werden muß, müssen die Forderungen der Arbeiterschaft des Ostsektors aufgegriffen und unterstützt werden.

Wir könnten uns vorstellen, daß der Augenblick geeignet ist, angesichts der drohenden katastrophalen Versorgungslage in der Sowjetzone und im Ostsektor von Berlin von seiten der Bundesregierung das Angebot zu unterbreiten, daß die freie Welt bereit ist, die Versorgung der Ostzone und des Ostsektors zu übernehmen, — nicht etwa zu dem Zweck, das ins Wanken geratene

Regime der SED zu stützen, sondern damit eine Kette von Maßnahmen und Entwicklungen auszulösen, an deren Ende freie Wahlen für ganz Deutschland und ganz Berlin zu stehen haben. Wir könnten uns weiterhin vorstellen, daß den Russen zu erwägen anheimgestellt wird: dort, wo in Berlin eine von der Bevölkerung gewählte Regierung amtiert, herrschen Ruhe und Ordnung; dort, wo in Berlin bisher eine oktroyierte Regierung amtiert hat, herrschen Chaos, Unordnung und Blutvergießen. Wir könnten uns vorstellen, daß die Regierung Berlins bei Wahrung der jeder Besatzungsmacht gegenüber gebotenen Loyalität denjenigen, die verantwortlich sind, das Angebot unterbreitet, unverzüglich die Regierungs- und Verantwortungsübernahme für ganz Berlin zu übernehmen.

Wenn Sie sich heute nachmittag nach der Proklamation des Ausnahmezustandes die Wilhelmstraße angesehen haben, so bot sich dort ein Bild, das eigentlich typisch ist für die Situation, mit der wir konfrontiert sind. Dort standen in unmittelbarer Nähe der Sektorengrenze mit dem Gesicht zum Westen zunächst die Volkspolizisten und 20 Meter hinter ihnen mit schußbereitem Gewehr, Stahlhelm und aufgeflepptem Bajonett die sowjetischen Soldaten. Dieses Bild ist mehr als nur eine organisatorische Lösung eines Sicherheitsproblems gewesen. Dieses Bild ist das Symbol der Situation Berlins und Deutschlands.

Ich glaube, es muß angesichts dieses Bildes noch etwas anderes gesagt werden. Wir haben die Feststellung getroffen, daß die sowjetische Besatzungsmacht im Ostsektor Schießbefehle gegeben und Schießbefehle hat durchführen lassen und daß diese Befehle bereits die ersten Toten und Verwundeten gefordert haben. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine Reihe von Einzel-



Arbeiter fordern Recht und Freiheit

handlungen, die dann diesen verstärkten Einsatz von militärischen Mitteln ausgelöst haben, auf Provokationen und bestellte Arbeit zurückzuführen gewesen sind, weil das für die SED-Regierung die Chance ist, ihr ins Wanken geratenes Regime wieder mit Hilfe der Sowjetbajonette zu befestigen. Daher sollte es unsere Aufgabe sein, die Bevölkerung vor weiteren Unbesonnenheiten drüben zu warnen.

Aber darüber hinaus sollte dieses sehr sprechende Bild mit der Rollenverteilung der Volkspolizei im ersten und der sowjetischen Soldaten im zweiten Glied zu der Feststellung führen, daß die Entscheidungen über die Verwirklichung der Forderungen der Ostberliner Arbeiter in zwei Ebenen zu fallen haben. Wir mögen uns mit den Machtmitteln, die uns zur Verfügung stehen, auseinandersetzen mit denen, die in der Wilhelmstraße im ersten Glied gestanden haben. Sich mit denen erfolgreich auseinanderzusetzen, die in der Wilhelmstraße im zweiten Glied standen, kann nur den Kräften überlassen bleiben, die ihnen adäquat sind. Wir erheben daher in dieser Stunde den dringenden Wunsch und die dringende Bitte an alle Politiker der Welt, sich an Initiative, an Mut und an Entschlossenheit nicht beschämen zu lassen von den Arbeitern in Ostberlin.

Präsident Suhr:

Meine Damen und Herren! Nach dem eben eingetroffenen amtlichen Bericht hat sich die Zahl der Toten in den westlichen Sektoren auf sieben erhöht, die Zahl der Verletzten auf 66. (Die Abgeordneten erheben sich erneut zu einer Minute schweigenden Gedenkens.) Ich danke Ihnen.

Lemmer (CDU):

In tiefem Respekt vor der großen Haltung unserer Mitbürger im Ostsektor wissen wir uns in dieser Stunde mit allen unseren Mitbürgern in dieser Stadt, für die in unseren Herzen keine Sektorengrenze besteht, auf das innigste verbunden.



Sowjets werfen Truppen nach Berlin



Das Auto des
Funktionärs

Diese Aussprache kann nicht vorübergehen, ohne daß wir unser Augenmerk kurz auf die Ursachen dieses tragischen Geschehens richten. Eine Ursache ist die nach acht Jahren des Krieges unerträglich gewordene Spaltung des lebendigen Organismus einer Millionenstadt, die noch wahnwitziger und noch grotesker als die Spaltung unseres Vaterlandes ist. Ohne diesen Zustand wären die unwahrscheinlichen Ereignisse der letzten 48 Stunden überhaupt nicht denkbar gewesen. Eine zweite Ursache dürfen wir darin erblicken, daß die Sowjetunion in unserer Heimat gegen den Willen der Bevölkerung eine Infiltrations- und Assimilierungspolitik getrieben hat, die einfach gegen die Natur des deutschen Charakters und des deutschen Wesens geht.

Was diese Männer zu ihrer großen Haltung an diesen beiden letzten Tagen gebracht hat, ist der Protest gegen all die widernatürlichen Zumutungen, die nicht nur auf dem Gebiet der reinen Politik, sondern auch auf dem Gebiet des kulturellen Lebens und nicht zuletzt auch der Sozialpolitik in Erscheinung getreten sind, gegen diese Verunstaltung des Charakters einer Gewerkschaft zu einer Antreiberorganisation in einem Ausmaß, wie sie niemals — auch nicht in der frühkapitalistischen Epoche — in der Schändung der Menschenwürde möglich gewesen ist.

Ich habe heute morgen von meiner Redaktion aus den Zug der Zehntausende von Arbeitern aus dem Stahlwerk in Hennigsdorf, aus den Industriewerken Velten gesehen, teilweise in strömendem Regen, ohne Schuhzeug, mit nackten Füßen vier oder fünf Stunden unterwegs zur Innenstadt hin, abgehärmte, ja verhungerte Gestalten, die trotzdem diesen Marsch für ihre Menschenrechte angetreten hatten. Dieses Bild wird niemand von uns vergessen, dem es sich heute einprägen konnte.

Wir können versichern, daß im Geschehen dieser beiden Tage keine Regie wirksam gewesen ist, und daß wir in Westberlin auf das tiefste überrascht waren, als wir gestern in den Mittagsstunden die ersten Nachrichten über diese Vorgänge erhielten. Hier ist in



Sowjetische Panzer rollen an

elementarer Weise aufgebrochen, was sich in den großen Demonstrationen gezeigt hat.

Wenn ich von der zweiten Ursache sprach, so wollte ich insbesondere den Irrtum der Deutschlandpolitik der Sowjetunion nicht unerwähnt lassen. Wir wollen keine Kritik üben an den Prinzipien, die in anderen Völkern befolgt werden. Die Sowjetunion hat aber geglaubt, Grundsätze und Praktiken, die in ihrem ursprünglichen Raum bedingt sein mögen, über den Bug, über die Weichsel, über die Oder, über die Elbe in das Herz Europas übertragen zu können. Auch dagegen haben unsere Mitbürger protestiert, als sie sich gestern und heute zu ihren Kundgebungen versammelt hatten.

Wir sehen also in dem tragischen Geschehen dieser beiden Tage ein Fanal, und ich schließe mich der Ermahnung meines Vorredners an unsere Mitbürger voll und ganz an, die Realitäten, so unerfreulich sie sind, nicht außer acht zu lassen, um keine sinnlosen Opfer bringen zu müssen. Wir schließen uns dem Wunsche an, daß so wie bis heute abend, unsere Ostberliner Mitbürger ihren großen moralischen Kampf in Selbstzucht weiterführen. Schützt Euch gegen Elemente, die zu ganz bestimmten Zwecken jetzt in Eure Reihen hineingedrängt werden könnten, weil vielleicht Absichten mit diesem Geschehen verbunden werden, die ich in diesem Augenblick nicht einmal andeuten möchte. Seid wachsam und mißtrauisch, dann seid Ihr stark!

Schwennicke (FDP):

Die Ereignisse im Sowjetsektor von Berlin haben uns erneut den ganzen Ernst unserer Lage vor Augen geführt. Welche Kombinationen auch immer über die Gründe um den Verlauf der Demonstrationen angestellt werden mögen, es bleibt die Tatsache bestehen, daß Zehntausende Ostberliner sich freiwillig und aus eigenem Antrieb zusammenfanden, um aus ihrer inneren Qual heraus ihr Recht und ihre Freiheit zu fordern. Wie groß muß die Erbitterung und der Haß geworden sein, daß so viele Menschen

trotz der schwerbewaffneten Volkspolizei und angesichts der sowjetischen Panzer ihre Demonstration fortgesetzt und ihren Willen kundgetan haben. Die Welt kann diesen Ostberlinern ihre Achtung nicht versagen.

Wir sollten aber in dieser Stunde nicht vergessen, daß schließlich erst die entschlossene außenpolitische Haltung der Bundesregierung und die klare Festigkeit der westlichen Nationen der Bevölkerung des Sowjetsektors die Hoffnung und vielleicht sogar die Gewißheit gegeben haben, daß ein derartiger Einsatz sich lohnt und nicht vergebens ist. Der Welt sind in diesen Tagen die Gefahren unmißverständlich verdeutlicht worden, die aus einer widernatürlichen, unsinnigen Trennung eines Volkes zwangsläufig entstehen müssen. Diese Demonstrationen der letzten beiden Tage sind zugleich eine ernste Mahnung an die gesamte Welt, daß die Deutschlandfrage zu einer beschleunigten Lösung drängt.

Wir haben blutige Opfer dieser Freiheitskundgebung zu beklagen. Niemand von uns kann aber wissen, welches Ausmaß an Blut und Tränen eines Tages noch über uns kommen kann, wenn dieser Zustand bestehen bleibt und statt der Zehntausende in Ostberlin eines Tages Hunderttausende und vielleicht sogar Millionen in der Sowjetzone sich erheben, um in wilder Verzweiflung ihre Ketten zu zerreißen.

Wir haben heute vormittag in einem Aufruf der Parteien und Gewerkschaften der Bevölkerung der Sowjetzone unsere Sympathie und unser Mitempfinden zum Ausdruck gebracht. Wir haben ihre Forderungen unterstützt, indem wir auf die Entschließungen der Bundesregierung und des Bundestages nach freien Wahlen einer gesamtdeutschen Regierung und einem Friedensvertrag hingewiesen haben. Wir wissen, daß wir nur mit Hilfe der freien Welt auf eine Erfüllung unserer Forderungen hoffen können. Wir haben aber das Vertrauen, daß wir von der Welt nicht im Stich gelassen werden.



Soll er schießen?

Wir möchten in dieser Stunde jenen tapferen, mutigen Männern und Frauen im Sowjetsektor unseren Dank und unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen. Euer Beispiel und Euer Kampf wird nicht vergebens gewesen sein. Hoffentlich ist der Tag nicht zu fern, an dem wir Euch die Hände am Brandenburger Tor reichen können.

Dr. Conrad (Amtierender Regierender Bürgermeister):

In einer der ernstesten Stunden der Berliner Geschichte spreche ich zu Ihnen, um im Namen des Senats von Berlin der tiefen Anteilnahme und dem unerschütterlichen Solidaritätsbewußtsein Ausdruck zu geben, die uns Berliner heute stärker denn je mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern im östlichen Teil unserer Stadt verbinden.

Ein Ungeheuerliches ist geschehen. Das Recht einer Bevölkerung, ihren Willen frei zu bekunden, ist durch eine aller Menschlichkeit hohnsprechende Steigerung der Gewalt unterdrückt worden. Das Problem Berlin ist zu einem Drama von weltweitem Ausmaß geworden. Der Wille zur Selbsthilfe gegen die brutalen Machtmittel der Diktatur ist jetzt in Ostberlin in einer Stärke sichtbar geworden, die für alle freiheitsliebenden Völker beispielgebend sein muß.

Stärker als alle Gewalt ist der Wille der Berliner als Vorkämpfer der Deutschen überhaupt, sich als ein unteilbares Ganzes zu behaupten. Nichts kann uns trennen, nicht einmal der Tod. Nichts kann unseren Willen zur Einheit erschüttern, nicht einmal der Terror; denn der geeinte Wille eines Volkes ist stärker selbst als Naturgewalten. Nichts kann uns den Glauben nehmen, daß die Gerechtigkeit siegen wird; denn der Sinn der Menschheitsgeschichte ist die Erfüllung der Gerechtigkeit.

Wir können unseren Brüdern und Schwestern im deutschen Osten

im Augenblick nichts anderes geben als uns selbst, und das heißt: die Leidenschaft des Willens, daß wir alles daransetzen werden, den Wahnsinn der Teilung unserer Stadt, die die Trennung zweier Welten bedeutet, zu beseitigen. Wir werden nicht müde werden, denen zu helfen, die gezwungen sind, das heilige Band der Verbundenheit mit ihrem angestammten Boden zeitweilig zu lösen. Wir werden alles nur mögliche tun, um den Hungernden den Glauben an ihr Lebensrecht zu erhalten. Wir werden alles, was wir an ärztlicher Kunst zur Verfügung haben, zum Einsatz bringen, um den Blutenden in ihrem Kampfe um das Leben beizustehen.

Und wir werden die Festigkeit unserer Haltung, unserer Selbstbehauptung, unserer Zukunftshoffnung zu dem tragenden Element in der großen Sinngestaltung machen, die unser Denken, Fühlen und Handeln bei Tag und bei Nacht beherrscht, und das heißt: ein einiges Deutschland im Dienste der Freiheit und der Gerechtigkeit, geboren aus freien Wahlen in ganz Deutschland und insbesondere in Berlin, ein einiges Berlin als das Herzstück eines starken, von hohen Idealen getragenen Volkes und der kraftvolle Wille, allen Gewalten zum Trotz sich zu erhalten, zum Segen nicht nur für uns, sondern für die ganze Menschheit.

*

An der Außerordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahmen u. a. teil: Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser, Dr. Heinrich von Brentano (CDU), Erich Ollenhauer, Carlo Schmid, Herbert Wehner (SPD), August-Martin Euler, Heinrich Fassbender (FDP), die sich in Berlin über die Lage unterrichteten und u. a. die Verletzten besuchten und Flüchtlingslager besichtigten.

*Am Abend des
17. Juni in
Ostberlin*





Bekanntmachung

des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin

Berlin, 18. Juni 1953

Hiermit wird bekanntgegeben, daß

Willy Göttling,

Bewohner von Westberlin,

der im Auftrage eines ausländischen Aufklärungsdienstes handelte und einer der aktiven Organisatoren der Provokationen und der Unruhen im sowjetischen Sektor von Berlin war und an den gegen die Machtorgane und die Bevölkerung gerichteten banditenhaften Ausschreitungen teilgenommen hat,

zum Tode durch Erschießen

verurteilt wurde.

Das Urteil wurde vollstreckt.

Dibrowa

Militärkommandant des sowjetischen Sektors
von Berlin

Protestnoten der westalliierten Kommandanten

Berlin, den 18. Juni

„Als Kommandanten des französischen, britischen und amerikanischen Sektors von Berlin gestatten wir uns hiermit, im Namen der Alliierten Oberkommission unsere äußerste Sorge über die Ereignisse auszudrücken, die sich in den vergangenen Tagen in Berlin abgespielt haben.

Wir verurteilen den unverantwortlichen Rückgriff auf militärische Gewalt, durch die zahlreiche Berliner zu Tode gekommen oder schwer verletzt worden sind, darunter auch einige Einwohner unserer Sektoren.

Wir erheben Protest gegen die eigenmächtigen Maßnahmen, die die sowjetischen Behörden ergriffen haben, und die zur Unterbrechung des Verkehrs zwischen den Sektoren und in ganz Berlin geführt haben.

Wir weisen in aller Form die Behauptung zurück, daß Willy Götting, der nach einer Justizkomödie hingerichtet wurde, ein Agent war, der nach den Befehlen des Nachrichtendienstes einer fremden Macht handelte. Seine Verurteilung und seine Hinrichtung, die unter einem leeren Vorwand erfolgten, erscheinen uns als Akte der Brutalität, die das Gewissen der ganzen Welt erschüttern werden.

Als die höchste sowjetische Autorität im sowjetischen Sektor von Berlin teilen Sie mit uns die Verantwortung für die Sicherheit und die Freiheit der Berliner Bevölkerung. Wir verlangen daher im Interesse ganz Berlins, daß die strengen Beschränkungen, die Sie über die Bevölkerung verhängt haben, sofort aufgehoben und die Freizügigkeit des Verkehrs in ganz Berlin wiederhergestellt wird.“

*

„Im Namen der Alliierten Oberkommission und der drei Kommandanten der Westsektoren Berlins beehre ich mich, Ihnen unseren Standpunkt zur augenblicklichen Lage mitzuteilen. Wir sind der Ansicht, daß genug Blut geflossen ist und daß die für ein normales Leben geltenden Regeln wieder in Kraft gesetzt werden müssen. Wir beschwören Sie, keine weiteren Hinrichtungen auf Grund von Urteilen der Kriegsgerichte vorzunehmen und den Gebrauch von Schusswaffen durch sowjetische Truppen und durch die Volkspolizei zu untersagen. Wir wünschen, daß der ungehinderte Verkehr in Berlin so schnell wie möglich wiederhergestellt wird, um eine normale Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Jegliche Haltung, die dem Geiste dieses Verlangens zuwiderläuft, kann nur dazu beitragen, eine Lage zu verschlimmern, die wir zweifellos in vollem Einverständnis mit Ihnen wieder normalisiert sehen möchten.“

Das Recht auf Freiheit mit dem Tode bezahlt

Aus der Rede des Bundespräsidenten

*Gedenksfeier der Deutschen Bundesregierung zu Ehren der Opfer
der Volkerhebung in Berlin und in Mitteldeutschland*

Bonn, 21. Juni 1953

„Der Sinn dieser Stunde ist das teilnehmende Gedenken an die deutschen Menschen, deren Glauben an das Recht auf Freiheit, an ihr Recht auf ihre Freiheit, mit dem Tode bezahlt wurde. Der und jener, den wahllos die Kugel traf, war ein Mensch wie Du. Die politische Macht löschte ihn aus, weil sie der Schüsse bedarf und vielleicht auch der Toten, um sich zu bestätigen. Was das für ein Menschenschicksal war oder werden wollte, das jetzt in dem Blut auf der Straße vorzeitig endete, war und ist ihr gleichgültig. Ihr genügt, daß es nicht mehr für einen Glauben und einen Willen zeugen kann.

Wahrscheinlich sind wir dem Ereignis noch zu nah, um seine einzelnen Züge voll würdigen zu können. Totalitäre Staaten, die nach ihrem inneren Gesetz die Wahrheit scheuen und scheuen müssen, sind der Nährboden für Gerüchte, die für den rückschauenden Historiker reizvoller Stoff zur Erkenntnis der Volkspsychologie sein können, aber dem politischen Beurteiler Warnungstafeln sein mögen, daß er nicht ins Spekulieren gerate. Dies aber scheint mir gewiß: Wir haben einen sehr deutlich gedruckten Traktat lesen können über die Grenzen der Vermachtung des Menschen durch den Staat. Das gilt in einem großen, umfassenden Sinn, sonst hätte die unerwartete Protestdemonstration der Bauarbeiter nicht die ansteckende Gewalt haben können. Um die Freiheit geht es, um die Freiheit des Menschen zu seinem politischen, zu seinem religiös-kirchlichen Bekenntnis, daß er, von Angst und Bedrängnis befreit, den Sinn seines Lebens selber

suchen und zu erfüllen trachten könne. Freiheit der Menschen zu ihrer gemäßen, zu der ihnen gemäßen Gestaltung der öffentlichen rechtlichen Regelung ihres Gemeinschaftslebens.

Es sind in diesen Tagen fünf Jahre her, seit die Blockade Berlins begann, die dank der Hilfe der westlichen Mächte, der tapferen Leidensunverdrossenheit der Westberliner, der schließlichen Einsicht Moskaus nach herben Monaten abgebrochen wurde. Damals begriff die Welt, was Berlin bedeutet und was nach Goethes Wort die Berliner für eine ‚verwegene Rasse‘ sind. Ach, sie sind gar nicht so verwegen, sie sind zäh, arbeitsam, unverdrossen, sie lieben die großen Sprüche nicht, aber sie sind in der tapferen Haltung der inneren Selbstbehauptung großartig. Was der Juni 1948 als Lehrstunde für die Welt und auch für einige Deutsche eingeleitet, hat der Juni 1953 bestätigt. Die Leute vom Alexanderplatz, von Treptow und von Lichtenberg sind die gleiche Rasse wie die vom Wedding, von Neukölln, von Schöneberg. Die Ostberliner und die Menschen in Jena, in Magdeburg, Leipzig und sonstwo noch haben in der Spontanität von Tausenden, deren reizbar angespannte Seele plötzlich angerührt wurde, einen seltsamen Geschichtsakt vollzogen. Sie konnten zwar die Regierung, die in der Leipziger Straße, Ecke Wilhelmstraße sitzt, nicht zum Abtreten veranlassen. Aber die moralische Macht ist ihr weggesogen, ist von den Hunderten oder Tausenden Stahlarbeitern, die von Hennigsdorf nach Berlin zogen, auf ihrem Wege zertrampelt worden. Das war ein zwar nicht rechtlich paragrafisiertes, aber im geschichtlichen Sinn unübersehbares Plebiszit. Und es ist zu wünschen und zu hoffen, daß die russische Politik diesen Vorgang der seelischen Tiefe begreift.

Wir hoffen, daß die heute noch so undurchsichtigen Verhältnisse in der Sowjetzone sich bald wieder normalisieren. Denn die Lebenslage von Millionen erträgt es nicht, ernährungsmäßig und seelisch, daß jene Gespanntheit lange anhält. Es soll kein Blut mehr fließen, weder auf den Straßen noch in den Sand von Standgerichten. Aber es geht um die große Frage der Ordnung der deutschen Dinge, damit Deutschland, das heute nicht bloß und nicht mehr ein geographischer Begriff, sondern eine volkhafte Not ist, eine geistig-kulturelle Verpflichtung wieder werde, damit in diesem Werden Europa eine in sich ruhende Gestalt zurückgewinne.

Geht dem deutschen Menschen, gebt ihm zurück das eingeborene Recht zu seiner staatlichen Selbstgestaltung, zu seiner Freiheit, damit Angst, Furcht und Mißtrauen den Boden des Vaterlandes verlassen. In freien Wahlen wird das deutsche Volk sich die rechtlich-politischen Formen neu begründen, mit denen es der Sicherung der bürgerlichen Freiheit und der sozialen Gestaltung des Miteinander dienen wird. Nichts anderes als dies kann die Lehre und soll die Folge dieses Juni 1953 sein. Lehre für uns, Lehre für die anderen. Dann, dann weht über die frischen Grabhügel, unter denen die Opfer ruhen werden, der Atem der Hoffnung und der Zuversicht. Ihr Blut hat den Mörtel mitgefestigt für das neue Haus einer deutschen staatlichen Einheit und Freiheit.

Der Geist sprengt die Gewalt

Präsident Suhr spricht im Berliner Abgeordnetenhaus

Berlin, 21. Juni 1953

Wir haben uns hier in derselben Stunde versammelt wie in Bonn im Bundeshaus die Bundesregierung und der Bundestag. In diesem Augenblick wird der Bundespräsident mit seiner Ansprache beginnen, und das ganze deutsche Volk wird ihm zuhören, um die tiefe, leidenschaftliche Anteilnahme zu bezeugen.

Hier in Berlin, in unmittelbarem, nahem Zusammenhang und im Brennpunkt der Ereignisse, hat diese Bezeugung der Anteilnahme doch den Charakter einer besonderen, engen Verbundenheit; denn was in einem Teil unserer Stadt geschah, ist Blut von unserem Blut, ist in unserer eigenen Familie geschehen. Den Frauen, Kindern, Eltern, den unmittelbar Betroffenen, gilt in erster Linie diese Feier. Wir erheben uns zu Ehren ihrer verstorbenen Angehörigen.

Unsere Gedanken gehen über das Brandenburger Tor und über

den Potsdamer Platz hinaus zu den noch unbekannten Opfern und ihren Hinterbliebenen und zu den Verwundeten. Wohl niemals in den letzten Jahren seit der Spaltung der Stadt haben wir so stark gespürt, wie sehr wir zusammengehören. So unsinnig es ist, daß die Bewegung vom 17. Juni im Westen vorher geahnt, gekannt, geschweige denn gar vorbereitet oder gelenkt gewesen sein sollte, so echt ist doch das Bedürfnis im Westen Berlins, die Verbundenheit mit der Protestbewegung am 17. Juni aktiv zu bezeugen und mitzuhelfen. Selten ist die Gemeinsamkeit des Wollens, die Gleichheit der Ziele in Ost und West trotz der so verschiedenen Verhältnisse so stark empfunden worden. Zugleich aber ist die Erkenntnis in der westlichen Welt deutlich zutage getreten, daß diese gespaltene Stadt und die bedrohte Zone mit dem Westen einen einheitlichen Körper bildet, von dem sich kein Teil abschreiben, kein Glied amputieren läßt. Europa kann ohne ein einheitliches Deutschland nicht befriedet werden.

Die Demonstration, herausgewachsen aus gemeinsamer Not, ist am zweiten Tage zu einer politischen Bewegung geworden. Aus dem spontanen Protest gegen eine Einzelercheinung, nämlich die Normenerhöhung für die Bauarbeiter, wurde ein Aufstand gegen ein System, das Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung zur Unerträglichkeit gesteigert hatte. Es mag zunächst nur die Stimme der Bedrängten und Bedrückten gewesen sein, die nach jahrelang erduldeteter Qual am 16. Juni zum ersten Male einen Widerstand zu äußern wagte. Aber aus dem Protest gegen die Normenerhöhung der Bauarbeiter wurde sehr bald ein Aufstand von elementarer Gewalt.

Ich habe absichtlich keine Einzelheiten genannt. Aber in diesem Zusammenhang kann ein Name nicht ungenannt bleiben: der Name Willy Götting. Mit der Erschießung dieses Westberliners, der gewohnheitsmäßig seinen Weg durch den Ostsektor nahm, hat die östliche Besatzungsmacht eine neue Schuld auf sich geladen — als ob es noch eines Beweises bedurft hätte für Unrecht und Unmenschlichkeit. Die Schuldlosigkeit von Willy Götting erscheint ebenso offenbar wie die Rechtlosigkeit seiner Verurteilung. In Willy Götting, seinem Leben und seinem Tod, verkörpert sich die Tragik dieser Tage. Der Aufschrei der Ostbevölkerung ist in alle Ohren gedrungen, auch in die Ohren, die bisher nichts hören wollten. Die Welt darf nicht mehr

ruhig schlafen, solange solche Zustände, solche Entwicklungen möglich sind. Die Ereignisse sind eine Warnung nicht nur für die wirklichen Machthaber des Ostens, sondern für alle, für uns Westberliner, für die Bundesrepublik, für die Welt.

Ich glaube, daß dieses Ereignis vom 17. Juni 1953 historisch ebenso bedeutsam werden wird wie der 18. März 1848, und ich möchte heute die Worte wiederholen, die vor 100 Jahren bei der Beerdigung der Märzkämpfer im Friedrichshain gesprochen wurden: „Wie Antonius das Testament des ermordeten Cäsar“ — so lautete es damals —, „so eröffne ich Ihnen das Testament des gemordeten Volkes.“ „Wacht“, heißt es in dem Testament, „daß die Freiheit, für die wir starben, nicht mehr verkümmert! Weg mit allen Scheidemauern der Menschen — so vermachen wir euch gleiches Recht, gleiches Gesetz, gleiches Gericht!“

Den Lorbeerkranz, den die Märzkämpfer von 1848 in der Geschichte tragen, haben sie am 17. Juni 1953 an ihre Urenkel weitergegeben.

Es leben Energien und Kräfte in Deutschland, um die Freiheit zu erkämpfen. Aber sie reichen allein nicht aus, sie brauchen die Unterstützung der Welt. Wenn überall die gleichen Energien lebendig wären wie in den Bürgern des Ostens am 17. Juni, dann kann und wird dieser Geist die Gewalt sprengen und über sie triumphieren.



Am Sarge der Toten

Deutschlands Appell an die Westmächte

Telegramm des Bundeskanzlers an Präsident Eisenhower

„Die Bevölkerung des Ostsektors Berlin und der Ostzone hat sich trotz Einsatzes sowjetischer Truppen und Panzer waffenlos gegen das Regime des Terrors und der Gewalt erhoben und ihre Freiheitsrechte gefordert. Viele haben ihren Mut und ihre Tapferkeit mit ihrem Leben bezahlen müssen. Nichts zeigt besser als der Aufschrei dieser gequälten Menschen, wie unhaltbar die Zustände in diesem Gebiet in der Mitte Europas sind.

Ich darf an Sie, verehrter Herr Präsident, den dringenden Appell richten, entsprechend der der amerikanischen Regierung notifizierten Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Juni alles in Ihren Kräften Stehende zu tun, daß diese Zustände beseitigt, die verletzten Menschenrechte wiederhergestellt und dem ganzen deutschen Volk die Einheit und Freiheit wiedergegeben werden, die allein eine dauerhafte friedliche Entwicklung in Europa verbürgen.“

Die Telegramme an den britischen Premierminister und an den amtierenden französischen Ministerpräsidenten lauten ähnlich. In dem Beschluß des Bundestages vom 10. Juni, auf den Dr. Adenauer hinweist, heißt es:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auch in Zukunft bei den Regierungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritanniens und Frankreichs darauf zu dringen, daß diese Mächte alles tun, um die Wiedervereinigung des ganzen Deutschland auf friedlichem Wege herbeizuführen.“

Beschluß des Bundestages

In erneuter Bekräftigung seiner mehrfachen Entschließungen, insbesondere seiner Entschließungen vom 9. März 1951 und vom 27. September 1951, erklärt der Deutsche Bundestag:

Das Ziel der Verhandlungen einer Viermächtekonferenz hinsichtlich Deutschlands muß sein:

1. die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland;
2. die Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland;
3. der Abschluß eines mit dieser Regierung frei vereinbarten Friedensvertrages;
4. die Regelung aller noch offenen territorialen Fragen in diesem Friedensvertrag und
5. die Sicherung der Handlungsfreiheit für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung im Rahmen der Grundsätze und der Ziele der Vereinten Nationen.

*

Der SPD-Parteivorstand hat den telegraphischen Appell des Kanzlers an die Großmächte begrüßt.

Trauerfeier am 23. Juni 1953 in Berlin

*Aus der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin,
Ernst Reuter*

Der 17. Juni 1953 ist, das ist unsere gemeinsame Überzeugung, das größte Ereignis unserer Geschichte, das wir seit langem erlebt haben. Niemand kann sagen, ob es heute, morgen oder übermorgen uns zum Ziel führen wird. Aber das wissen wir: dieser elementare, wuchtige Aufstand unseres Volkes, dieser Marsch der deutschen Arbeiter, dieses revolutionierende, entflammende Wirken der deutschen Jugend unter einem totalitären System, sie haben die Welt aufgerüttelt und die Basis freigemacht für eine bessere Zukunft. Keine Macht der Welt, niemand wird auf die Dauer uns Deutsche voneinander trennen können. Die Fahne der Knechtschaft auf dem Brandenburger Tor, sie ist von unserer Jugend heruntergezogen, und diese Jugend wird eines Tages die Fahne der Freiheit auf dem Brandenburger Tor aufziehen.

Wir haben gelernt, daß es nur ein Gut für den Menschen gibt, das er braucht, wenn er nicht zugrunde gehen will: die Freiheit, als Mensch atmen und leben zu können und sein Haupt als Gottes Geschöpf zum Himmel zu erheben. Nicht als Geschenk des Himmels wird diese Gabe der Freiheit zu uns kommen, sondern unter unendlichen Mühen, Opfern und Nöten. Die, die hier gefallen sind, sie gehören zu den Opfern.

Wenn wir jetzt unter den Klängen des „Guten Kameraden“ unsere gefallenen Toten auf die Wagen heben und wenn wir sie dann geleiten, dann wird uns der Klang unserer Freiheitsglocke begleiten. Unter ihrem Klang wollen wir entblöhten Häuptes geloben, daß eine große Zeit uns allezeit auf unserem Posten finden wird, daß wir hier in Berlin und daß unsere Freunde in der Bundesrepublik mit uns zusammen gemeinsam sich die Hände reichend dieses große Ziel erkämpfen werden.

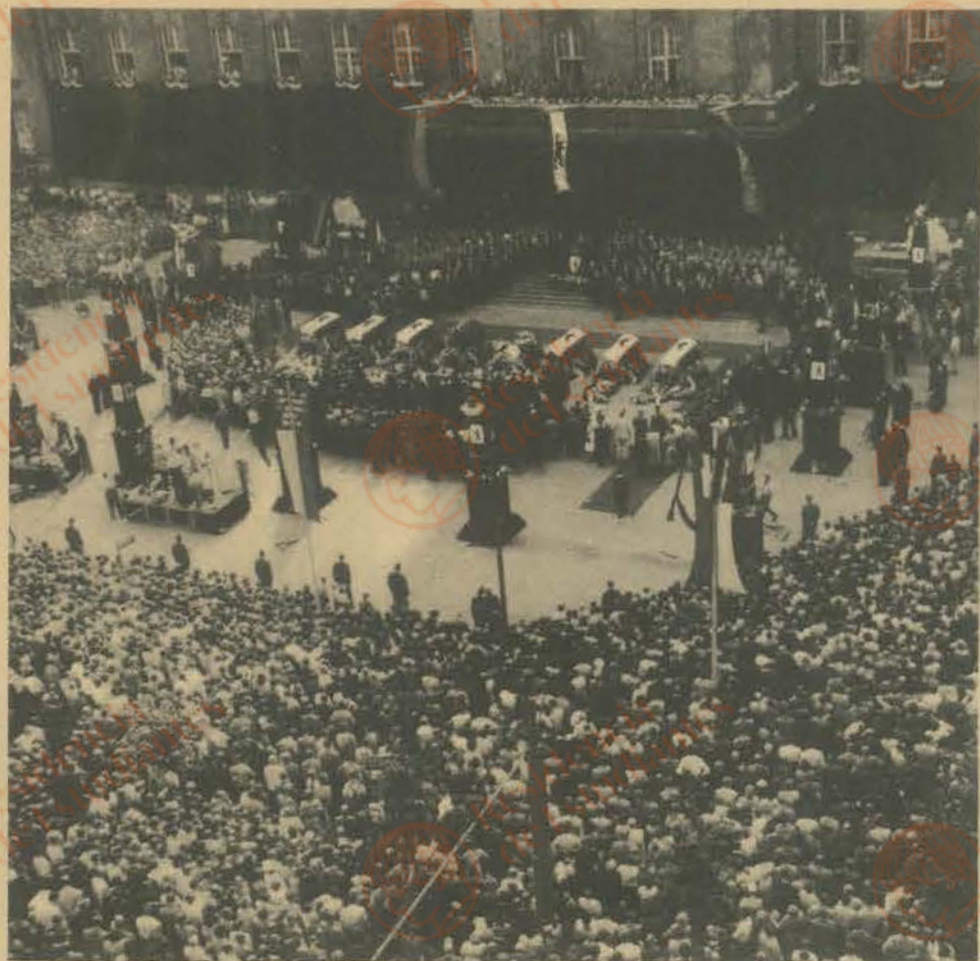
Aus der Rede des Bundesministers Jakob Kaiser

Heute wissen wir mehr denn je: Es gibt ein Maß von Demütigung, von seelischer und materieller Not, die kein Volk zu ertragen vermag. Diese Not ließ die friedliebenden deutschen Arbeiter mit bloßen Händen gegen ihre Unterdrücker angehen.

Die Träger und Nutznießer des augenblicklichen Regimes in Ostberlin und der Sowjetzone wissen genau so wie wir, daß es seelische und materielle Not war, die den ausgebeuteten Arbeiter auf die Straße trieb. Zunächst verschlug ihnen der Mut der Arbeiterschaft die Sprache. Sie hatten ihrer Macht zu sehr vertraut. Aber vor der Entschlossenheit der deutschen Bevölkerung fiel diese Macht in nichts zusammen. Erst die sowjetischen Panzer retteten das Grotewohl-Regime und seinen Apparat. Die sowjetische Besatzungsmacht aber weiß sicherlich längst, wie sie die Werkzeuge ihrer Macht einzuschätzen hat. Wenn sie es aber noch nicht gewußt haben sollte, dann haben es ihr diese Junitage 1953 vor Augen geführt. Es ist nicht gut, mit Verrätern des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft Politik zu machen.

Wer echten Frieden in der Welt und unter den Völkern will, muß Charakter, Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung eines jeden Volkes achten. Er muß das Gesetz beachten, daß man ein Volk nicht ungestraft und ohne Gefahr für den Frieden der Welt auseinanderreißt.

Wir bekennen uns zum Vermächtnis unserer Toten. Wir bekennen uns vor Gott und unserem Volk dazu, daß jeder politische Weg gegangen werden muß, der Not und Unfreiheit in der Zone so schnell wie möglich beseitigt. Wir bekennen uns zu einer Politik der Wiedervereinigung, die dem entschlossenen Willen der Männer und Frauen vom 16. und 17. Juni gerecht wird. Das Opfer der Toten, das Leid und der Mut der 18 Millionen verpflichten uns.



Die Trauerfeier
auf dem Rudolf-Wilde-Platz in
Berlin-Schöneberg am 23. Juni 1953

Die Rede des Bundeskanzlers in Berlin am 23. Juni 1953

„Unsere Herzen sind von Trauer erfüllt, da wir dieser unserer Toten gedenken, der Toten, die ihr Blut dahingaben für die Freiheit, deren Blut von brutalen und grausamen Machthabern vergossen wurde, um ihre tyrannische Herrschaft aufrechtzuhalten. Mit uns trauern Millionen Deutscher, mit uns trauern alle in anderen Ländern, die die Sklaverei hassen und die Freiheit lieben.

Von tiefem Mitleid sind wir erfüllt im Gedenken an das Leid und den Schmerz der Hinterbliebenen. Wir sind von tiefem Mitleid erfüllt im Gedenken an die anderen Opfer dieser grausamen Tyrannenherrschaft: die Verwundeten und Verletzten, an diejenigen, die sie ins Gefängnis geworfen haben, die sie suchen und verfolgen, um ihre Wut, ihren Haß und ihre Angst an ihnen auszulassen.

Mit elementarer Wucht ist dieser Aufstand ausgebrochen. Aus einer Welle der Unzufriedenheit an der Baustelle in der Frankfurter Allee wurde eine ungeheure Woge der Erbitterung, der Verzweiflung, die über das ganze große Gebiet, über Ostberlin, über Magdeburg, Brandenburg, Leipzig, Chemnitz, Dessau und Gera, über das Gebiet des Uranbergbaus, über die Landbevölkerung in Sachsen und Mecklenburg, wie überhaupt über die gesamte Sowjetzone hinwegging.

Wie ein Orkan brach die aufgestaute Verzweiflung und Not los gegen Sklaverei und Unterdrückung, nicht achtend Tod und Gefahr. Wie ungeheuer der Druck ist, der nun seit Jahr und Tag auf diesem Teil Deutschlands lastet, das zeigt das Aufbäumen dieser Millionen gegen ihre kommunistischen und russischen Machthaber. Nicht russische Panzer und Maschinengewehre, nicht Maschinenpistolen der Kommunisten konnten sie schrecken, konnten sie davon abhalten, ihr Leben zu wagen und zu opfern.

In Ehrfurcht neigen wir uns vor ihnen und in Ehrfurcht grüßen wir sie: sie alle, die Toten und die Lebenden, die vor der ganzen Welt Zeugnis dafür ablegten, daß sie keine Versklavung mehr ertragen konnten, vor diesen Märtyrern, vor diesen Kämpfern für die Freiheit.

Der ganzen Welt haben sie gezeigt, daß die Deutschen keine Sklaven sein wollen. Der ganzen Welt haben sie gezeigt, daß sie Tyrannei nicht mehr zu ertragen gewillt sind, daß die Zeit totalitärer Herrschaft für die Deutschen vorbei ist. Mit Waffen kann man ein unbewaffnetes, ein wehrloses Volk zu Boden schlagen, aber seinen Willen, seine Entschlossenheit, sich nicht zu beugen, kann man nicht aus seiner Brust reißen.

Wie ein Fanal wird dieser Aufstand wirken bei uns in Deutschland und in der ganzen Welt, wie ein Fanal, das zeigt, daß Gewalt unseren Willen zur Freiheit nicht zu brechen vermag.

Neben die Trauer, neben das Mitleid tritt der Stolz auf diese Helden der Freiheit, der Stolz auf alle, die sich auflehnten gegen diese seit nunmehr 8 Jahren währende Sklaverei. Das ganze deutsche Volk hinter dem eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm zu in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten — diesen Schwur lege ich ab für *das gesamte deutsche Volk* —, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.

In tiefer Trauer, in tiefem Mitleid, in hoher Bewunderung gedenken wir aller Märtyrer der Freiheit. Wir wollen der Toten niemals vergessen, den Lebenden wollen wir helfen. Gott wird mit ihnen und mit uns sein.



Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

*Bilder von: AP, dpa, Kindermann, PJA, Röhnert, „Tagesspiegel“, „Telegraf“,
UP, XYZ*

Druck: Hansa Druck, Berlin SO 36